

Die Renaissance der Politischen Ökonomie

Von Bruno S. Frey, Konstanz und Basel

Erster Teil

*Wirtschaftstheorie und Probleme von heute*¹

In den letzten Jahren hat die «Politische Ökonomie» einen gewaltigen Aufschwung erlebt. Es kann zu Recht von einer Renaissance gesprochen werden: Der Bruch mit der abstrakten ökonomischen Modelltheorie und dem engen Bezugsrahmen, die bis Ende der sechziger Jahre dominiert hatten, ist unverkennbar. Diese moderne Politische Ökonomie ist nur zu einem kleinen Teil Rückgriff auf eine alte Theorie. Viel wichtiger ist der Versuch, mit Hilfe eines *modernen* theoretischen Instrumentariums die Enge der «reinen» Ökonomie zu überwinden, indem politische Aspekte berücksichtigt werden: Die «Renaissance» bezieht sich vor allem auf die Art der Fragestellung. Die Politische Ökonomie sollte indessen nicht mit «politisierender» Ökonomie im Sinne einer Anhäufung von Werturteilen verwechselt und als leeres Gerede abgetan werden. Die meisten Ansätze der modernen Politischen Ökonomie zeichnen sich durch exakte und fundierte Analyse aus.

1. Gründe für die Renaissance

Die moderne Politische Ökonomie beruht auf der Forderung, die Wirtschaftswissenschaften müssten sich stärker mit den drängenden Problemen der Gegenwart befassen, insbesondere also den Bezug zur Politik herstellen. Die verschiedenen Varianten unterscheiden sich jedoch wesentlich in der Beschreibung und Deutung gesellschaftlicher Vorgänge und – entsprechend – in den zu ziehenden Folgerungen.

Die Aussagekraft der traditionellen Wirtschaftstheorie wird vor allem in folgender Hinsicht bemängelt:

(a) Überbetonung der Knappheit und des Einflusses der Technik

Die Wachstumstheorie, ein Kernstück der Neo-Neoklassik² führt das Wirtschaftswachstum im Gleichgewicht ausschliesslich auf die tendenzielle Überwin-

¹ Der Autor dankt Werner Pommerehne für die sorgfältige Durchsicht des Manuskripts sowie allen Mitarbeitern für hilfreiche Diskussionen.

² Unter Neo-Neoklassik wird die Synthese der Neoklassik von *Marshall* und *Walras* mit den Erkenntnissen von *Keynes* verstanden, wobei der letzteren Komponente aber recht wenig Gewicht beigemessen wird.

dung der Knappheit durch Einsatz des «technischen Fortschritts» zurück (vgl. *Bombach* 1964). Andere Einflüsse bleiben ausserhalb der Betrachtung. Die tatsächliche Einkommensverteilung wird in der Theorie durch die Grenzproduktivität, also einer Eigenschaft der technologisch aufgefassten Produktionsfunktion und dem Faktorangebot, «erklärt»; Elemente wie Macht, Interesse und Konflikt werden auf die Seite geschoben.

(b) Übertriebene Formalisierung und Eigendynamik der Theorie

Die Nachkriegsjahre haben eine schnell zunehmende Formalisierung der Ökonomik gebracht, die im Falle der Wirtschaftstheorie zu einer zunehmenden Entfernung von den Problemen der Gesellschaft geführt hat. Die Wachstumstheorie hat sich z. B. mit Fragen der Existenz, Eindeutigkeit, Stabilität und Optimalität von Pfaden beschäftigt, während die triviale, aber entscheidend wichtige Frage, ob Wachstum glücklicher macht, gerade erst untersucht wird (*Easterlin* 1973).

Damit wird nicht einer oft vorgebrachten Verteufelung der Mathematisierung und Modellbildung das Wort geredet³, sondern ausschliesslich die Unausgewogenheit zwischen der Aufwendigkeit des Instrumentariums und der Relevanz der Fragen bemängelt.

(c) Ausschluss und Vernachlässigung entscheidender Probleme

Zum grossen und zunehmend wichtig werdenden Gebiet der Externalitäten und öffentlichen Güter etwa hat die Ökonomik zwar eine respektable (Pareto)normative Mikrotheorie entwickelt. Da sie sich jedoch auf Marktprozesse konzentriert, vermag sie nur bescheidene Aussagen über faktische Prozesse zu liefern. Das Preissystem funktioniert in zahlreichen Fällen nicht, und andere, vor allem politische Prozesse treten an deren Stelle. Eine «reine» Nationalökonomie droht in einer modernen Gesellschaft bei der Analyse selbst des eigenen Problembereichs, nämlich der Allokation knapper Güter, zu scheitern.

Eine fruchtbare Beschäftigung mit den wirtschaftspolitisch so wichtigen Fragen normativer Einkommensverteilung ist wegen der Fixierung auf Effizienzprobleme unterlassen worden. Nicht zufällig geht ein origineller und stark beachteter Versuch zur Bestimmung ökonomischer Gerechtigkeit von einem Philosophen (*Rawls* 1971) aus.

(d) Versagen des wirtschaftspolitischen Instrumentariums

Das Instrumentarium der Fiskal- und Geldpolitik scheint gegenüber der zur Zeit im Vordergrund des Interesses stehenden Inflation wirkungslos zu sein. Ebenso haben die neuen Techniken zur Effizienzsteigerung der staatlichen Tätig-

³ Was übrigens nicht selten durch Leute geschieht, die sich noch viel unverständlicher ausdrücken – etwa in der gängigen Soziologensprache.

keit (wie Nutzen-Kosten-Analyse, Finanzplanung und Programmbudget) die Erwartungen enttäuscht. Diese mangelnde Wirkung kann auf ganz verschiedene Ursachen zurückgeführt werden:

- (i) Die Wirtschaftstheorie beschreibt die Zusammenhänge unzureichend oder gar falsch, wie z. B. im Zusammenhang mit der Inflationsbekämpfung von den Monetaristen behauptet wird;
- (ii) die Theorie ist zwar richtig, wird aber *ungenügend angewandt*, weil
 - (α) die Übertragung in die praktische Politik aus Mangel an Information, verfehlter Entscheidungsbildung und -fällung usw. misslingt oder
 - (β) gesellschaftliche Kräfte vorhanden sind, die die Anwendung verhindern.

2. Ansatzpunkte Politischer Ökonomie

Die in (a)–(d) aufgeführten Mängel der traditionellen «reinen» Nationalökonomie lassen sich nur mit Hilfe einer *Politischen* Ökonomie überwinden, denn in jedem Fall handelt es sich um Probleme, bei denen wirtschaftliche und politische Einflüsse untrennbar verknüpft sind.

Die nachstehend aufgeführten verschiedenen Varianten Politischer Ökonomie befassen sich mit unterschiedlichen Aspekten dieser Interdependenz von Wirtschaft und Politik. Die Unterschiede in der Fragestellung, im methodischen Ansatz und in den Folgerungen erklären sich durch unterschiedliche Gesichtswinkel wissenschaftlicher Betrachtung. Einige der Varianten beschäftigen sich daher vorwiegend mit der *Kritik* der bestehenden Wirtschaftstheorie (in Form der Neo-Neoklassik) und versuchen auf diese Weise die Grundlagen zu einer aussagefähigen Ökonomie zu schaffen. Andere Varianten sehen die Hauptaufgabe in der Betrachtung der *gegenseitigen Abhängigkeit von Wirtschaft und Politik*. Wiederum andere Varianten beschäftigen sich mit der *Politikberatung*, suchen also die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Wirklichkeit zu verbessern, wobei die Hauptaufmerksamkeit der Verbesserung der Wirtschaftspolitik gilt. Der Ausgangspunkt schliesslich der letzten Variante liegt in der Verbindung von *einheitlicher Methode* und daraus sich ergebender *Gemeinsamkeit ökonomischer und politischer Theorie*. Die Ökonomische Theorie der Politik oder Neue Politische Ökonomie wendet die Denkweise und das Instrumentarium der modernen Wirtschaftstheorie auch auf politische Prozesse an. Die herkömmliche Trennung der Wissenschaft gemäss dem jeweiligen Untersuchungsgegenstand wird zugunsten einer einheitlichen Betrachtung aufgegeben. Auf Grundlage dieses methodischen Ansatzes ergibt sich eine bevorzugte Betrachtung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik.

3. Zur Geschichte des Begriffs

Die *Geschichte* des Ausdrucks «Politische Ökonomie» ist vielfältig⁴. Zum erstenmal vom Merkantilisten *Montchrétien* im Jahre 1615 verwendet, kündigt er den Aufstieg der Ökonomie als selbständige Wissenschaft an, blieb dann aber über eineinhalb Jahrhunderte vergessen. Erst 1755 wird der Ausdruck von *Rousseau* in der «Grande Encyclopédie» wieder verwendet. Bei *James Steuart* und vor allem *Adam Smith* und *David Ricardo* dokumentiert dessen Gebrauch die Anhängerschaft an die klassische Lehre. Das Wort «politisch» im Ausdruck «Politische Ökonomie» wird von den Klassikern jedoch nur im Sinne einer Erweiterung des Gegenstandes von der Familie auf den Staat verstanden, nicht als besondere Hervorhebung des politischen Elementes. Dies gilt selbst für *Karl Marx*, der den Begriff aus Gewohnheit übernimmt, obwohl er sich doch gerade als *Kritiker* der (bürgerlichen) Politischen Ökonomie versteht.

Im deutschen Sprachraum wird der Ausdruck zuerst von *I. A. Schlettheim* (1778) gebraucht, findet aber nur geringen Widerhall; spezielle Bedeutung erlangt das Wort bei *Friedrich List*. Die spätere Verwendung wird durch die Werturteilsdebatte der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts bestimmt: «Politisch» ist jedes Fällen eines Werturteils. In ähnlichem Sinne wollen die Marxisten mit der Verwendung von «Politischer Ökonomie» die (ihrer Ansicht nach) Klassenbedingtheit, d. h. fehlende Neutralität, *jeder* Ökonomie aufzeigen.

Heute wird «Politische Ökonomie» in ausserordentlich vielseitiger Weise verwendet; eine einheitliche Begriffsbildung lässt sich nicht feststellen.

4. Aufbau dieses Aufsatzes

Von einer «Renaissance der Politischen Ökonomie» zu sprechen ist sinnlos, wenn darunter nur der allgemeine Name für «Ökonomik» verstanden wird. Von vornherein ausgeschlossen wird deshalb die rein traditionell bestimmte Verwendung wie etwa beim «*Journal of Political Economy*» oder bei *Meades* «*Principles of Political Economy*» (1965). Ebenso wenig wird auf jene Ansätze eingegangen, die damit *nur* die Werturteilskomponente bezeichnen, denn dieser zufolge ist wiederum die gesamte Ökonomie «politisch».

Im *zweiten Teil* dieses Aufsatzes werden die verschiedenen Ansatzpunkte und Varianten Politischer Ökonomie aufgeführt und im *dritten Teil* im einzelnen diskutiert. Die bisher wenig bekannten Politischen Ökonomien der Neuen Linken und der Cambridger Kapitaltheorie werden etwas stärker hervorgehoben. Am ausführlichsten wird die Ökonomische Theorie der Politik oder Neue Politische Ökonomie behandelt.

⁴ Vgl. *Salin* (1923), *Mundorf* (1967), schon früher *Garnier* (1852).

Zweiter Teil

Übersicht über Ansatzpunkte und Varianten Politischer Ökonomie

Es fällt nicht leicht, die den unterschiedlichen Fragestellungen und Methoden entsprechenden Politischen Ökonomien zu sammeln und zu ordnen. Bisherige Übersichten beschäftigen sich jeweils nur mit einigen der nachstehend aufgeführten Varianten⁵. Ziel der Übersicht und anschließenden Diskussion ist eine Orientierung, nicht eine abschliessende Beurteilung.

Varianten Politischer Ökonomie

Ansatzpunkte	Varianten	Einige Hauptvertreter
A. Kritik der bestehenden Wirtschaftstheorie	I. Ökonomische «Klassiker»	
	(a) England	Smith, Ricardo
	(b) Deutschland	List
	II. Alte Linke und orthodoxe Marxisten	Marx, Engels, Lenin
	III. Neue Linke und «Radicals»	Gurley, O'Connor; Altvater, Hufschmid, Hirsch
B. Gegenseitige Abhängigkeit von Wirtschaft und Politik	IV. Cambridger Kapitaltheorie (Neo-Keynesianer, Neo-Ricardianer, Neo-Marxisten)	Sraffa, Joan Robinson, Pasinetti, Nuti
	V. Politische Ökonomie der Unorthodoxie	Galbraith, Boulding, Rostow, Hirschman; Schumpeter, Preiser, Salin, Rothschild v. Eynern
	VI. Politische Wirtschaftslehre	
	VII. Moderne Wirtschaftspolitik	Heller, Okun, Schulze; Sachverständigenrat
	VIII. Policy Science	Lasswell, Dror; Böhret
C. Politikberatung		
D. Einheitliche Methode und Gemeinsamkeit ökonomischer und politischer Theorie	IX. Systemtheorie, Systemdynamik	Bertalanffy, Wiener, Deutsch, Easton, Forrester; Luhmann, Naschold, Scharpf
	X. Ökonomische Theorie der Politik oder Neue Politische Ökonomie	Arrow, Buchanan, Downs, Tullock, Olson; Bernholz, Streissler, Liefmann-Keil

⁵ Vgl. Böhret (1973), Kade (1970), Koellner (1973) und Tudyka (1969).

Dritter Teil
Diskussion der zehn Varianten Politischer Ökonomie

Nach dieser Übersicht sollen nun die einzelnen Ansatzpunkte und Varianten kurz diskutiert werden.

A. Kritik der bestehenden Wirtschaftstheorie

Die erste Variante – die Politische Ökonomie der «Klassiker» – bildet den Ausgangspunkt für drei Varianten, die der *marxistischen Tradition* der Kritik der bestehenden Theorie verpflichtet sind. Sie geht davon aus, dass nur auf dieser Grundlage das richtige Verständnis gesellschaftlicher Zusammenhänge erworben und damit die Voraussetzung zu deren Verbesserung geschaffen werden kann.

I. Ökonomische «Klassiker» und
 II. Alte Linke und orthodoxe Marxisten

Auf diese Varianten Politischer Ökonomie kann in diesem Aufsatz verzichtet werden, denn die entsprechenden Beiträge sind gut bekannt und werden in Dogmengeschichten ausführlich behandelt. Zu verweisen ist vor allem auf *Salins* Geschichte der Volkswirtschaftslehre (1923), die seit der 5. Auflage (1967) unter dem Titel «Politische Ökonomie» erscheint, finden die «politischen» Elemente in ihr doch eine bevorzugte Behandlung.

III. Neue Linke und «Radical Economics»

Eine Übersicht über die Politische Ökonomie der Neuen Linken zu gewinnen fällt schwer. Sie ist ausserordentlich heterogen, und die deutschsprachigen Beiträge sind in einer für Aussenstehende oft kaum geniessbaren Sprache verfasst. Darüber hinaus erscheinen sie an den verschiedensten Orten, insbesondere bei ganz neuen (manchmal nur kurzfristig existierenden) Verlagen und in neuen Zeitschriften⁶, und schliesslich zirkulieren sie nicht selten als Pamphlete oder Vervielfältigungen innerhalb eines engen Zirkels.

⁶ Zu nennen sind etwa Mehrwert, Leviathan, PROKLA, SOPO und (englisch) Kapitalistate, New Left Review.

1. «Radical Economics»

Das Verständnis der amerikanischen Neuen Linken, die sich als «Radical Economics» bezeichnet, fällt leichter als das für die deutsche: Die Aufsätze werden in verständlicher Sprache in einer bereits fest etablierten Zeitschrift (*Review of Radical Political Economics*) veröffentlicht; darüber hinaus gibt es bereits zwei wertvolle kritische Übersichten (*Bronfenbrenner 1970, Lindbeck 1971*).

Ausgangspunkt der Radicals bilden die von der herrschenden Theorie vernachlässigten Probleme, ähnlich wie sie im ersten Abschnitt dieses Aufsatzes aufgeführt sind. Der Schwerpunkt liegt auf der Verteilung von Einkommen und Vermögen, bei dem der Ursprung jeglicher Macht gesehen wird, die das gesellschaftliche Gesamtgefüge vollständig durchdringt (*Gurley 1971, S. 55*). Neben der interpersonellen findet auch die *internationale* Verteilung infolge imperialistischer Beziehungen grosse Beachtung (*Magdoff 1969* und viele andere).

Die Neue (amerikanische) Linke unterscheidet sich von der orthodox-marxistischen *Alten Linken*⁷ in mehrfacher Beziehung:

(a) Die Radicals wenden sich *sowohl* gegen den Markt *als auch* gegen die Bürokratie (und damit meist auch gegen die Praxis in den sog. sozialistischen Ländern), während bei der Alten Linken der Bürokratie und dem Vorbild der Sowjetunion eine wichtige Rolle zukommt. *Lindbeck* und vor allem *Samuelson* (Vorwort zu dessen Buch) werfen den Radicals vor, dass die Ressourcenallokation dann völlig unbestimmt sei, weil es keine dritte Möglichkeit gebe. Diese Aussage ist zwar unzutreffend, denn es sind durchaus zusätzliche Entscheidungsmechanismen denkbar; der Vorwurf bleibt aber insofern bestehen, als die Neue Linke sich nicht darum bemüht, über andere Entscheidungssysteme – neben Markt und Demokratie – nachzudenken⁸: Ein Problem der Ressourcenverteilung auf konkurrierende Verwendungszwecke kann wegen der Einführung des uneigennütigen «sozialistischen Menschen» gar nicht entstehen.

(b) Die Neue Linke setzt sich für eine Dezentralisierung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse ein, während die Alte Linke das Heil in einer Zentralisation sieht.

(c) Die für die Alte Linke und die «sozialistischen» Länder charakteristische Betonung mengenmässiger Produktionsvergrößerung wird von der Neuen Linken nicht geteilt; betont wird der qualitative Aspekt.

(d) Als Hauptträger der Revolution werden nicht mehr die Arbeiter, sondern die Intellektuellen betrachtet (*Marcuse 1964*).

⁷ *Sweezy* (im Symposium 1972) widerspricht der Trennung in Neue und Alte Linke. Für ihn ist nur die Unterscheidung zwischen «Radikalen» und «Reformern» wichtig.

⁸ Eine wichtige Ausnahme bildet der Trotzkiist *Mandel* (1972), der das Rätssystem als geeigneten Entscheidungsmechanismus sieht.

2. Deutschsprachige Neue Linke

Vieles, was für die Radicals gesagt wurde, gilt auch für die Neue Linke im deutschen Sprachraum. In neuerer Zeit scheint sich allerdings eine Rückkehr zur Orthodoxie der Alten Linken abzuzeichnen: Den Arbeitern wird die Führung im Klassenkampf zugeschrieben, und die Sowjetunion oder die DDR gelten als erstrebenswertes Vorbild.

Für den deutschen Sprachraum fehlen *kritische* Übersichten⁹, nicht zuletzt weil hier besonders viele unterschiedliche und teilweise verfeindete Richtungen existieren. Die Auswahl der nachfolgend berücksichtigten Arbeiten ist subjektiv; betont werden die Gemeinsamkeiten; auf eine Differenzierung der verschiedenen Ansichten innerhalb der Neuen Linken muss verzichtet werden. Es wäre im übrigen zwecklos, als Nichtmarxist auch nur eine Darstellung der Neuen Linken zu versuchen, die von ihr nicht verworfen würde.

Um mit den Gedankengängen der deutschsprachigen Neuen Linken vertraut zu werden, eignet sich am besten eine Hervorhebung von fünf Unterschieden gegenüber den amerikanischen Radicals:

(a) Sie ist dogmatischer, enger an Marx orientiert, daher meist auch wenig originell. Der Anspruch der ausschliesslichen Richtigkeit der eigenen Lehre wird häufiger erhoben (etwa bei *Altwater, Müller, Neuss* 1971, S. 182).

Eng damit verknüpft ist ein von den nichtmarxistischen Sozialwissenschaften sich deutlich abhebender Sprachstil mit ständig wiederkehrendem Vokabular. *Marx* wird häufig und ausführlich zitiert, und nicht selten tritt die Analyse einer Sache hinter das Jonglieren mit semantischen Spitzfindigkeiten zurück. Dieser spezielle sprachliche Aspekt ist bei den Radicals selten (*Bronfenbrenner* 1970, S. 752), wohl weil die Angelsachsen von Grund auf pragmatischer zu denken gewohnt sind.

Bei beiden Varianten der Neuen Linken besteht gleichermassen die Tendenz, ernsthafte Analyse durch Rhetorik zu ersetzen; es genügt nicht, einen Vektor marxistischer *Begriffe* anzubieten, die das Ergebnis bereits beinhalten¹⁰.

(b) Die deutschsprachige Neue Linke ist von der Macht kapitalistischer Interessen stärker überzeugt als die Radicals. Dies zeigt sich am deutlichsten bei der Debatte um die «Steuerungsfähigkeit des Systems», also der Frage, inwieweit in einer Gesellschaft mit Privateigentum entgegen den Interessen der Kapitaleigner die allgemeine Wohlfahrt überhaupt gefördert werden kann. Sowohl für die Makro- als auch für die Mikroplanung wird die «Agenturtheorie» unterstellt¹¹. So wird etwa festgestellt:

⁹ Am nächsten kommt *Köllner* (1973).

¹⁰ Vgl. *Solow* (1971, S. 64), *Lindbeck* (1972, S. 671).

¹¹ Von der Agenturtheorie bestehen verschiedene Versionen, vgl. z. B. *Hirsch* (1969), *Esser* (1970).

«Die Prioritäten der Zentralregierung in der Bundesrepublik sind die Prioritäten des Kapitals; die Finanzreform ist die Organisation der gesamten öffentlichen Finanzmasse im Interesse dieses Kapitals» (*Hufschmid* 1969, S. 183).

Andere Autoren sprechen noch allgemeiner von der

«...prinzipielle(n) Unmöglichkeit der Entwicklung eines gesellschaftlich-ökonomischen Kalküls unter den Bedingungen kapitalistischer Warenproduktion» (*Naschold und Vath* 1973, S. 18).

Damit wird die Behauptung von *v. Mises* (1920) auf den Kopf gestellt, der bekanntlich die Unmöglichkeit eines rationalen Kalküls im *Sozialismus* vertreten hatte.

(c) Die Neue Linke im deutschen Sprachraum ist bedeutend ausgeprägter auf die Verhältnisse in einer Gesellschaft mit Privateigentum an den Produktionsmitteln fixiert, während die Radicals sich eher mit der Frage befassen, ob die gleichen Probleme nicht auch in einer sozialistischen Gesellschaft auftreten können¹². Es wird zwar nicht geleugnet, dass in der Wirklichkeit beobachtbare Probleme wie z.B. die Umweltverschmutzung auch ohne Privateigentum an Kapital auftreten (können). Entscheidend sei aber, dass eine derartige Ähnlichkeit lediglich eine «Oberflächenerscheinung» darstelle, es sich in einem tieferen Sinne aber um ein ganz anderes Problem handle. Der Ansatz lässt also eine Auseinandersetzung mit derartigen Problemen gar nicht zu.

(d) Die deutschsprachige Neue Linke legt grosses Gewicht auf die Offenlegung von Konflikten. Solche «Widersprüche» werden ausschliesslich als im Kapitalismus begründet gesehen. Eine Gesellschaft ohne Privateigentum wird demgegenüber als «widerspruchlos» erachtet. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Neue Linke nicht von Utopisten und religiösen Schwärmern, für deren Vorstellungen die Konfliktlosigkeit charakteristisch ist. Beim neuen «sozialistischen Menschen» sind ex definitione viele relevante Konflikte ausgeschlossen (z.B. bei *Altwater* 1969, Kap. VI).

(e) Die Neue Linke im deutschen Sprachraum verfügt über vergleichsweise geringere Kenntnisse der neoklassischen, keynesianischen und anderen westlichen Wirtschaftstheorien. Oft ist allerdings schwer zu unterscheiden, ob Fehlinterpretationen unbewusst oder bewusst gemacht werden, insbesondere in bezug auf das Funktionieren des Preismechanismus und der Konkurrenz (z.B. *Hufschmid* 1969, S. 60, 100). Der Schluss zum Beispiel, Gewinnmaximierung und Erfüllung der Konsumentenwünsche (oder noch allgemeiner: gesellschaftliche Wohlfahrt) seien unvereinbar, mag der scheinbaren Plausibilität wegen bei völligen Laien noch verzeihlich sein, findet sich aber auch gerade in Diskussionen marxistischer Ökonomen.

¹² Eine in dieser Hinsicht bemerkenswerte Ausnahme bildet *Altwater* (1969), der sich damit beschäftigt, auf welche Weise diejenigen Effekte, die in einer Marktwirtschaft preisextern sind, in einer geplanten Wirtschaft auftreten.

IV. Cambridger Kapitaltheorie¹³

1. Absicht und Entstehung

Während die Neue Linke und die Radicals die von der herkömmlichen Theorie vernachlässigten Probleme mit Hilfe unorthodoxer Methoden (historische Dialektik) zu erfassen suchen, geht die Kapitaltheorie aus Cambridge (England) *genau umgekehrt* vor: sie bemüht sich, die Fehler der Neo-Neoklassik mit deren eigenen Methoden nachzuweisen. Im Zentrum der Kritik stehen die gesamtwirtschaftlichen Theorien der Verteilung nach dem Grenzprodukt und des Wachstums. Wohl zum erstenmal¹⁴ sieht sich die moderne Neoklassik auf ihrem eigenen Grund angegriffen. Die Auseinandersetzung spielt sich in so renommierten Zeitschriften wie der *Review of Economic Studies* und dem *Quarterly Journal of Economics* ab. Sie vollzieht sich zwar in der einem modernen Theoretiker vertrauten Terminologie, ist wegen ihrer hohen mathematischen Anforderungen jedoch nicht einfach verständlich.

Entstanden ist die Kapitaltheorie vor allem durch die Inspiration von *Sraffa* (1960), der, sich aber an der modernen Diskussion nicht beteiligt. Nicht alle Cambridger Ökonomen sind im übrigen zu dieser Gruppe zu zählen (z.B. *nicht Meade*). Den weitaus grössten Beitrag, neben *Joan Robinson* (1953/54), hat eine Anzahl zeitweise in Cambridge residierender italienischer Ökonomen geleistet¹⁵.

Die Debatte zwischen den Neo-Neoklassikern und den Anhängern der Cambridger Kapitaltheorie, die sich auch *Neo-Keynesianer*, *Neo-Ricardianer* und *Neo-Marxisten* nennen, ist noch im Gange. Allerdings dürfte bereits eine gewisse Klarheit erreicht worden sein. Eine Hilfe leisten dabei der Artikel, das Buch und der Sammelband von *Harcourt* (1969, 1971, 1972), die aber an zahlreichen Stellen zu wenig präzise sind. Im deutschsprachigen Raum hat die Debatte bisher erstaunlich wenig Echo gefunden¹⁶.

In welchem Sinne sich diese Kapitaltheorie als Politische Ökonomie erweist, ist nicht unmittelbar ersichtlich und wird sich erst im Laufe der Darlegungen zeigen. Hier wird eine möglichst einfache Darstellung der Cambridger Theorie zur Herausarbeitung ihres Gehaltes als Politische Ökonomie angestrebt; manche Aspekte können nur gestreift oder gar nicht behandelt werden.

¹³ Ich danke Klaus Jaeger für Hinweise zu diesem Abschnitt.

¹⁴ Zuvor vielleicht schon durch die Spieltheorie.

¹⁵ *Pasinetti* (1966, 1969), *Nuti* (1970), *Garegnani* (1970), *Spaventa* (1970).

¹⁶ Zu nennen sind *Riese* (1970), *Weizsäcker* (1971, 1973), *Streissler* (1974), *Graf* (1968, 1973), *Jaeger* (1972), *Biesecker* (1970).

2. Kritikpunkte an der Neoklassik

Die Cambridger Kapitaltheorie bestreitet die Gültigkeit folgender *grundlegender* neoklassischer Ergebnisse:

(1) «Der Zinssatz reflektiert die Knappheit des Kapitals.»

Dieser Aspekt ist für die Steuerungsfunktion der Preise entscheidend. Die Cambridger bestreiten insbesondere die für die neoklassische Wachstumstheorie fundamentale Entsprechung von höherer Kapitalintensität und niedrigerer Zins/Lohn-Relation (und umgekehrt).

(2) «Die Einkommensverteilung wird durch die Produktionstechnologie und das Faktorangebot bestimmt.»

Die Cambridger Kapitaltheorie bezweifelt die Allgemeingültigkeit der makroökonomischen Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung: Die Verteilung kann nicht im wirtschaftlichen System selbst bestimmt werden, sondern ist u. a. abhängig von Machteinflüssen.

(3) «Aggregiertes Kapital und makroökonomische Produktionsfunktion sind wichtige und verlässliche Konzepte zur Analyse von Volkswirtschaften, insbesondere im Wachstum.»

Die Cambridger Theorie weist demgegenüber nach, dass das Kapital im allgemeinen nicht unabhängig vom Zinssatz (bzw. Lohnsatz) definiert werden kann, also in allen bei der Analyse einer Wirtschaft interessierenden Fällen nicht zur Bestimmung eben dieses Zinssatzes verwendet werden kann. Die neoklassische Wachstumstheorie, die bekanntlich auf einer aggregierten Produktionsfunktion aufbaut, wird fragwürdig, gilt sie doch nur unter ganz bestimmten einschränkenden Bedingungen.

3. Grundgedanken der Cambridger Kapitaltheorie

Um mit dem Ansatz der Cambridger Theorie vertraut zu werden, ist es vorteilhaft, zwischen dem Fall lediglich *einer* Technik und demjenigen *verschiedener* Techniken zu unterscheiden.

(a) Existenz nur einer Technik

Bei diesem Modell einer Wirtschaft besteht jeweils nur *ein* Input/Output-Koeffizient für jeden Produktionsfaktor bei der Herstellung eines bestimmten Gutes. Es wird im folgenden gezeigt, dass der Wert des (aggregierten) Kapitals vom Zinssatz (gleich Profitrate) abhängig ist. Bei Vorliegen dieses sog. «*Wicksell-Preis-Effektes*», der einer Neubewertung eines Lagerbestandes – hier des Realkapitals – entspricht, ist es nicht mehr möglich, von der Höhe des Realkapitalstocks auf die Höhe der Profitrate zu schliessen.

Ausgangspunkt bildet ein stationärer Zustand mit Kapitalgütern von unendlicher Lebensdauer. Die Nettoproduktion des Konsumgutes pro Kopf q setzt sich aus dem Gewinn pro Kopf $r \cdot k$ (r = Profitrate, k = Wert des Kapitalstocks pro Kopf) und dem Lohnsatz w zusammen.

$$q = r \cdot k + w. \quad (1)$$

Alle Grössen sind in Einheiten des Konsumgutes gemessen. Aus (1) ergibt sich für den Kapitalwert

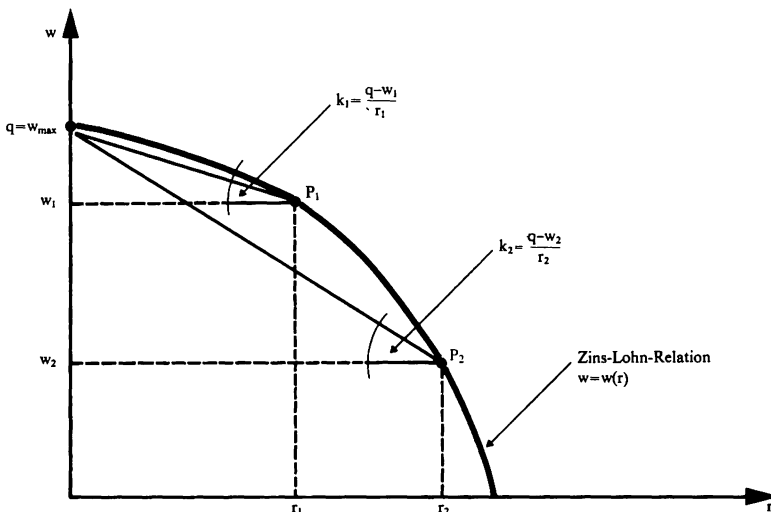
$$k = \frac{q-w}{r}. \quad (2)$$

Der maximale Reallohnsatz ist gleich der Gesamtproduktion: $w_{\max} = q$, so dass

$$k = \frac{w_{\max} - w}{r}. \quad (2')$$

Gleichung (2)' lässt sich im (w,r) -Raum leicht graphisch wiedergeben.

Abb. 1
Negativer Wicksell-Preis-Effekt



Aus Abbildung 1 ist ersichtlich, dass der Kapitalwert durch die Steigung der Geraden $P_1 w_{\max}$ und $P_2 w_{\max}$ bestimmt ist: mit zunehmender Profitrate steigt der Wert des Kapitals. Dieses paradoxe Ergebnis wird als negativer Wicksell-Preis-

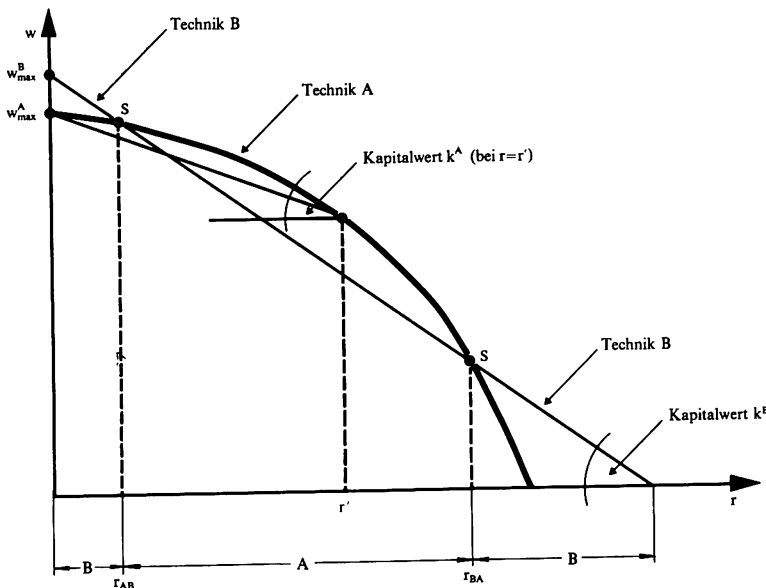
Effekt bezeichnet: Er kommt zustande, wenn die Lohn-Profit-Relation $w = w(r)$ konkav zum Ursprung verläuft. Von einem positiven Wicksell-Preis-Effekt wird gesprochen, wenn diese Relation konvex zum Ursprung ist. Ein Einfluss der Profitrate auf den Kapitalwert findet nur dann nicht statt, wenn $w(r)$ linear verläuft. Somit gilt:

$$\left. \begin{array}{l} \frac{dk}{dr} > 0 \text{ negativer} \\ \frac{dk}{dr} = 0 \text{ neutraler} \\ \frac{dk}{dr} < 0 \text{ positiver} \end{array} \right\} \text{Preis-Wicksell-Effekt bei } \left\{ \begin{array}{l} \text{konkaver} \\ \text{linearer} \\ \text{konvexer} \end{array} \right\} w\text{-}r\text{-Relation}$$

(b) Existenz mehrerer Techniken

Kann ein Gut mit Hilfe verschiedener Input/Output-Koeffizienten für einen Einsatzfaktor hergestellt werden, besteht die Möglichkeit von Änderungen des Kapitalwertes auf Grund von Übergängen von einer Technik zur anderen, bei einer Veränderung des Zinssatzes (oder des Lohnsatzes). Hierbei kann es geschehen, dass bei alternativen Profitraten die *gleiche* Technik mehrmals gewählt wird («Reswitching of Techniques»). Verändert sich der Kapitalwert in einem Übergangspunkt (oder «Switchpoint» S) – bei dem die Technologien gleich ertragreich

Abb. 2
Reswitching



Die in der Neo-Neoklassik zugrunde gelegte Beziehung zwischen k und r trifft nicht mehr zu. Es kann gelten $dk/dr \geq 0$, und auch Stetigkeit ist nicht gewährleistet. Hervorzuheben ist, dass sich diese Sprungstellen in der k - r -Beziehung nicht durch die Annahme einer grossen Zahl eng aneinanderliegender Techniken $A, B, C, \dots$ beseitigen lassen. Auch eine noch so kleine Variation des Zinssatzes kann im Bereiche eines Übergangspunktes von einer Technik zur anderen zu diskontinuierlichen Veränderungen des Kapitalwertes führen, wie in den Abbildungen 2 und 3 dargelegt.

Die Wicksell-Effekte können intuitiv erklärt werden: Bei einem Kapitalstock, der sich aus verschiedenartigen physischen Gütern zusammensetzt (Heterogenität) und bei nicht gleichmässigem Arbeitseinsatz über die Zeit, kann die Produktion in verschiedene Stufen zerlegt werden. Die *unterschiedliche Wirkung* von Änderungen der Profitrate auf den Wert dieses Prozesses infolge unterschiedlicher zeitlicher Abstände führt zu den beschriebenen Wicksell-Effekten.

4. Annahmen zur Aufrechterhaltung des neo-neoklassischen Ansatzes

Die bisher angestellten Überlegungen eröffnen nur die *Möglichkeit* paradoxer Ergebnisse; wie aus den Abbildungen ersichtlich wird, treten diese jedoch nicht zwangsläufig auf. Unter geeigneten Annahmen lassen sich paradoxe Ergebnisse ausschliessen und damit die neo-neoklassische Theorie aufrechterhalten.

Die wichtigsten Schritte sind:

(a) Analyse der Ein-Gut-Wirtschaft

Das Kapitalbewertungsproblem des Wicksell-Effektes wird definitorisch ausgeschlossen: Sozialprodukt und Realkapital werden in gleichen Einheiten gemessen, so dass sie sich kürzen lassen und eine dimensionslose Zahl entsteht. Eine Änderung der relativen Preise der Kapitalgüter kann es gar nicht geben; das Grenzprodukt des Kapitals entspricht der Profitrate.

Dieser Ausweg vor den Paradoxa der Kapitaltheorie wird häufig eingeschlagen: eine grosse Zahl neo-neoklassischer Wachstumsmodelle beschränkt sich auf ein einziges Gut. Es bleibt die Frage offen, ob diese Modelle ihren Sinn erfüllen: die Annahme nur eines Gutes impliziert, dass der laufende Konsum kostenlos und sofort in Kapitalgüter und diese wiederum in verschiedene Formen umgewandelt werden können. Diese Fähigkeit ist jedoch in Wirklichkeit sicher nicht gegeben.

(b) Gleichgewichtsbetrachtung

Die relativen Preise können auch dadurch fixiert werden, dass von einem Gleichgewicht ausgegangen wird, denn in diesem können ex definitione keine Preisveränderungen mehr stattfinden. Es ist völlig unbestritten, dass *im Gleichgewicht* die Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung gilt. Aus

$$q = rk + w \quad (1)$$

folgt im Gleichgewicht

$$dq = \bar{r} dk \quad (2)$$

$$\text{und } \frac{dq}{dk} = \bar{r}, \quad (3)$$

da Lohnsatz und Profitrate fixiert sind: $w = \bar{w}$, $r = \bar{r}$ (Bhaduri 1969). Der Preis-Wicksell-Effekt wird definitorisch ausgeschlossen¹⁷. Im Gleichgewicht sind alle Grössen voneinander abhängig: In Gleichung (3) darf deshalb nicht von einer Seite der Gleichung her auf die andere geschlossen werden, etwa indem aus hohem Grenzprodukt des Kapitals ein hoher Zinssatz abgeleitet wird. Die simultane Interdependenz erlaubt keine kausale Interpretation, sondern lediglich die Feststellung, dass Kapitalgrenzprodukt und Zinssatz im Gleichgewicht eben gleich sind.

Zu einer an der Wirklichkeit orientierten Theorie sind jedoch derartige Aussagen über Gleichgewichtszustände von geringem Interesse, wichtig sind vielmehr Aussagen wie: «Wenn der physische Kapitalstock in einer Wirtschaft zunimmt, verändert sich der Zinssatz in dieser und dieser Weise.» Um solches zu ermöglichen, geht die Neo-Neoklassik über die reine Gleichgewichtsanalyse hinaus: Es werden marginale virtuelle Veränderungen in *unmittelbarer Nähe* des Gleichgewichts betrachtet, so dass sich Preisveränderungen vernachlässigen lassen. Obwohl man sich *ausserhalb* des Gleichgewichts befindet, wird so getan, als ob man sich *im* Gleichgewicht befände (Weizsäcker 1971, 1973). Ähnlich ist die Annahme, der Akkumulationsprozess laufe so langsam ab, dass verschiedene Punkte auf einer geeignet definierten Produktionsfunktion als Realisierungen von Gleichgewichten angesehen werden können (Champernowne 1953/54, mit seinem Kettenindex für Kapitalgüter). Beide Annahmen werden von den Cambridger Kapitaltheoretikern und insbesondere von Joan Robinson verworfen. Für die Forschung bleibt die Frage offen, wie die Kapitalgüterpreise *ausserhalb des Gleichgewichts* bestimmt werden.

Für die Wirtschaftstheorie ergeben sich aus dieser Debatte einige bemerkenswerte Folgerungen:

- (i) Die Neo-Neoklassik ist keineswegs derart *rigoros*, wie sie sich mit Vorliebe gibt. Ihr Ansatz muss gerade in ihrem stärksten Aspekt, der Beachtung simultaner und gegenseitiger Abhängigkeiten zwischen allen Grössen, inkonsequent werden, wenn sie *relevante* Aussagen erlauben soll.

¹⁷ Es wird ein Übergangspunkt zwischen Techniken betrachtet, bei dem der Unterschied im Output pro Kopf dq gerade durch den Unterschied im Kapitalwert pro Kopf dk ausgeglichen wird; die vorgegebene Lohn-Profitraten-Struktur bleibt daher unverändert.

Wie die Neo-Neoklassiker heute bereitwillig zugeben, sind nur die n-Kapitalgüter-Modelle des allgemeinen Gleichgewichts à la *Debreu* rigoros, nicht jedoch das häufig gebrauchte Konzept des aggregierten Kapitals. Allerdings: die Modelle des allgemeinen Gleichgewichts sind neuerdings ebenfalls heftiger Kritik ausgesetzt, wenn auch von ganz anderer Seite her (*Kornai* 1971).

- (ii) Überdies sind rigorose Aussagen im n-Kapitalgüter-Modell bisher nur im Gleichgewicht möglich.

Eine *Theorie des Ungleichgewichts*, d.h. einer wirklich dynamischen Wirtschaft, ist erst im Entstehen. Nach *Stiglitz* (1973) ist das Reswitching in einer solchen wirklich dynamischen Wirtschaft irrelevant. Er führt jedoch statt dessen den (ganz ähnlichen) Begriff der «Recurrence» ein, wonach die Wirtschaft zuerst die Technik 1 durch Technik 2 ersetzt, schliesslich aber wieder zu Technik 1 zurückkehrt. Dieses Recurrence kann völlig unabhängig vom Reswitching auftreten. Entscheidend sind jedoch die Konsequenzen, nämlich:

“the optimal plan of development may look very different from that suggested by the traditional ... analysis with a single malleable capital good” (S. 5).

Eine der entscheidenden Behauptungen der Cambridger Kapitaltheoretiker scheint also auch für das Ungleichgewicht zu gelten, nämlich, dass kein Verlass auf Modelle mit einem aggregierten Kapitalstock ist.

- (c) Beschränkung bei einer Technik

Der Wicksell-Preis-Effekt fällt bei einer *linearen* Lohn-Zins-Relation weg. Der Kapitalwert wird vom Zins unabhängig ($dk/dr = 0$), das Grenzprodukt des Kapitals ist damit gleich dem Zinssatz:

$$\text{Aus } q = rk + w \quad (1)$$

ergibt sich nach totaler Differenzierung

$$dq = rdk + drk + dw. \quad (4)$$

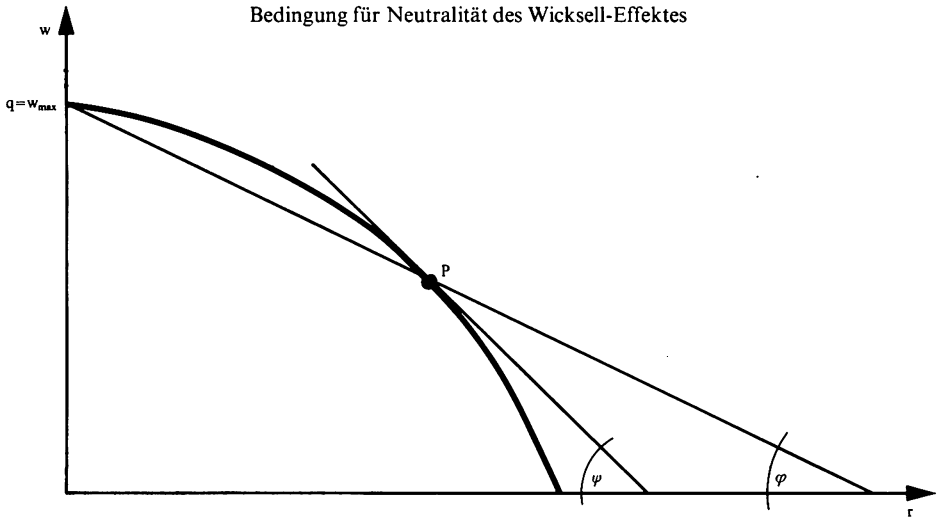
Die Grenzproduktivitätstheorie – d.h. $dq/dk = r$ – ist nur erfüllt, wenn

$$dr \cdot k + dw = 0,$$

$$\text{oder } -\frac{dw}{dr} = k.$$

Diese Bedingung ist in Abbildung 4 graphisch dargestellt.

Abb. 4
Bedingung für Neutralität des Wicksell-Effektes



Winkel φ gibt den Wert des Kapitals im Punkt P wieder ($\operatorname{tg} \varphi = k = \frac{q-w}{r}$ gemäss Gleichung (2), während ψ die Steigung der w - r -Funktion angibt ($\operatorname{tg} \psi = -dw/dk$). Die Grenzproduktitätstheorie gilt gemäss (4) also nur, wenn

$$\varphi = \psi, \quad (5)$$

was wiederum nur bei einer *linearen* w - r -Funktion erfüllt ist.

(d) Beschränkung bei allen Techniken

Der Wicksell-Real-Effekt oder Reswitching kann ausgeschlossen werden, wenn *jede* einzelne unter allen möglichen Techniken eine lineare Lohn-Zins-Relation aufweist. Die gegenläufige Abfolge von Profitrate und Kapitalwert ist aus den Abbildungen 5a und 5b ersichtlich.

Die Wiederkehr einer schon verwendeten Technik ist bei steigender Profitrate unmöglich. Bei linearen w - r -Funktionen gilt auch wieder die neo-neoklassische These der stetigen Veränderung des Kapitalwerts bei marginalen Veränderungen des Zinssatzes. Die in Abbildung 5a dick ausgezeichnete Umhüllende effizienter Techniken bildet die *Samuelsonsche* Faktorpreis-Grenze mit der Steigung $-dw/dr = k$.

Ein System linearer w - r -Relationen bedeutet, dass jede Aktivität mit der gleichen physischen Kapitalintensität betrieben wird (*Samuelson* 1962). Die Welt des «Puddings» (jelly) ist in Wirklichkeit gar nicht verlassen, denn es bestehen keinerlei Unterschiede in der Produktion. Bemerkenswerterweise benötigt nicht nur die Neo-Neoklassik, sondern schon viel früher auch *Marx* diese Annahme (gleiche organische Zusammensetzung des Kapitals).

Abb. 5a
Lineare w-r-Relation

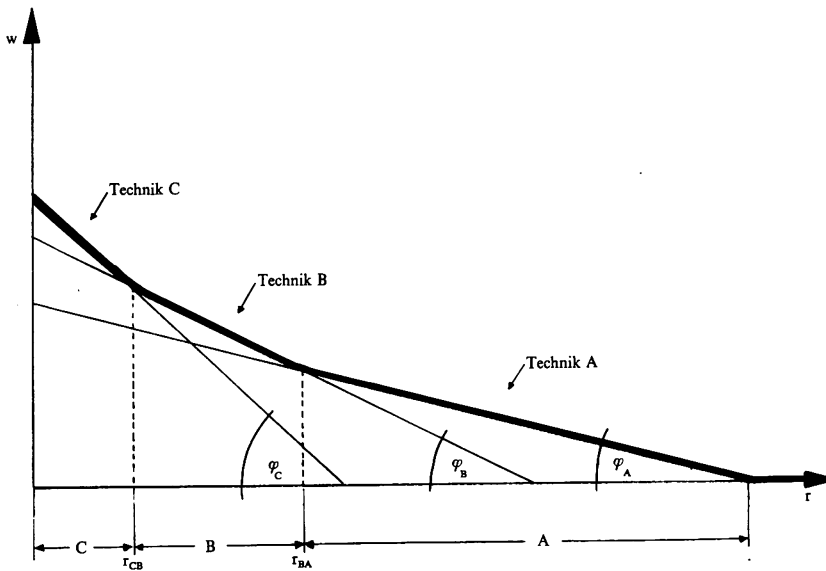
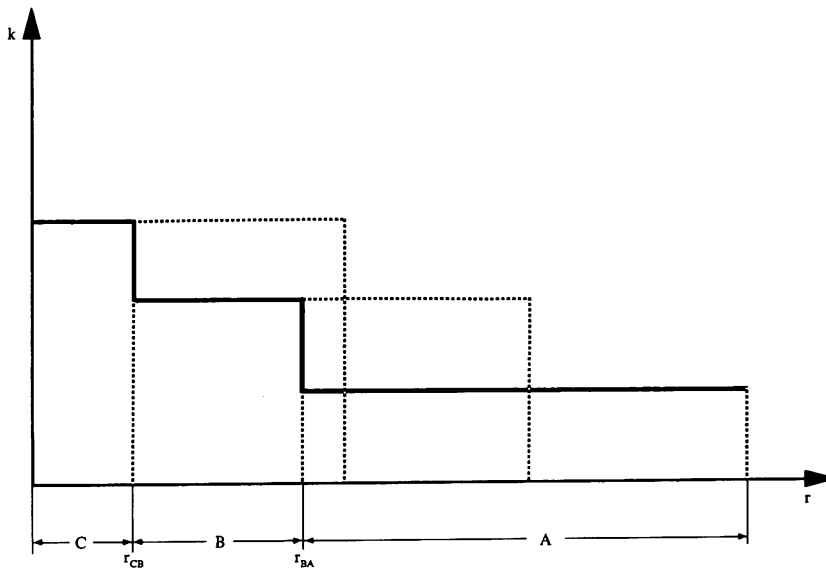


Abb. 5b
Profirate und Kapitalwert
bei linearen w-r-Relation



(e) Annahme eines dynamisch effizienten Zustandes

In einer wachsenden Wirtschaft gilt die neo-neoklassische Parabel in einem weiteren Falle, nämlich dann, wenn eine effiziente intertemporale Allokation, d. h. die Goldene Regel, erreicht ist (vgl. *Bhaduri* 1966). Bekanntlich lautet die Bedingung dazu

$$r = g, \quad (6)$$

wobei g die exogen vorgegebene Wachstumsrate der Wirtschaft darstellt. In einer wachsenden Wirtschaft setzt sich die Gesamtproduktion q aus Konsum c und Investition $k = g \cdot k$ zusammen:

$$q = c + g \cdot k. \quad (7)$$

Die totale Differentiation ergibt

$$dq = dc + g dk.$$

Da im Zustand der Goldenen Regel ein Konsummaximum erreicht ist, gilt $dc = 0$. Unter Berücksichtigung von (6) folgt aus (7)

$$\frac{dq}{dk} = g = r. \quad (8)$$

Die Goldene Regel erweist sich somit auch aus kapitaltheoretischer Sicht als Pfad besonderer Bedeutung innerhalb des Wachstums im Goldenen Zeitalter.

5. Analogie zwischen dem Kapitalwert- und dem Abstimmungs-Paradoxon

Wie bereits hervorgehoben, sind paradoxe Ergebnisse in der Kapitaltheorie möglich, aber nicht zwangsläufig. Die Analogie zur Aggregation individueller Präferenzen zu einer gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrtsfunktion¹⁸ liegt auf der Hand; die Herausarbeitung der Gemeinsamkeit dieser Aggregationsprobleme ermöglicht eine bessere Einschätzung des Standes der Diskussion.

In den Debatten können sechs Stufen unterschieden werden:

1. Stufe: Es wird behauptet, die herkömmliche Auffassung gelte nicht mehr *im Allgemeinen*. Die Möglichkeit eines Paradoxons wird erstmals überhaupt erörtert.

2. Stufe: Es beginnt eine Auseinandersetzung *um die Richtigkeit* der «Allgemeinen Unmöglichkeitstheoreme». Diese Phase ist beim Problem der Kapitalaggregation bereits durchlaufen: Nach anfänglichen, sich jedoch als falsch ergebenden Gegenbeweisen (*Levhari* 1965), ist die generelle Möglichkeit von *Paradoxa* auf beiden Gebieten heute unbestritten.

¹⁸ Vgl. dazu die unten diskutierte Variante X der Politischen Ökonomie.

3. *Stufe*: Es wird nach den *Bedingungen* gesucht, unter denen die paradoxen Ergebnisse *nicht* auftreten. Beim Problem der Präferenzaggregation ist die Bedingung der Eingipfligkeit individueller Präferenzordnungen am besten bekannt; einige wichtige Bedingungen hinsichtlich der Kapitalaggregation wurden im letzten Abschnitt aufgeführt.

4. *Stufe*: Es wird danach gefragt, mit welcher *Wahrscheinlichkeit* die Paradoxa auftreten. In bezug auf die Präferenzen gibt es schon eine grössere Anzahl von Untersuchungen, während in der Kapitaltheorie bis jetzt noch keine Ergebnisse bekannt sind. Allerdings wird auch erst seit kurzer Zeit in dieser Richtung geforscht.

5. *Stufe*: Man beschäftigt sich mit der *Relevanz* des Auftretens der paradoxen Resultate für Wirtschaft und Gesellschaft. Zyklische Mehrheiten werden nicht von allen Forschern als Mangel empfunden, sondern von einigen sogar begrüsst. In der Kapitaltheorie wird die Auffassung vertreten (*Nuti* 1970), der Kapitalwert sei nur für eine kapitalistische Wirtschaft von Bedeutung; im Sozialismus sei das Auftreten der Wicksell-Preis- und Real-Effekte für das rationale Wirtschaften unwesentlich.

6. *Stufe*: Nach Durchschreiten dieser fünf Phasen ist zu erwarten, dass der gesamte Ansatz wiederum in Frage gestellt wird. Die Diskussion geht zur Frage über, ob das wirtschaftliche und gesellschaftliche Geschehen überhaupt vom richtigen Gesichtspunkt aus betrachtet wird.

In der Präferenztheorie wird z. B. argumentiert, dass weniger die Entscheidungen, als gerade die «Nichtentscheidungen» bedeutsam seien. In der Kapitaltheorie könnte etwa argumentiert werden, dass die Cambridger Theorie neben den Hauptproblemen vorbeidiskutiere und es nicht deren Ergebnisse sind, die zum «Ende einer Wachstumstheorie» (*Riese* 1970) geführt haben, sondern völlig andere Einflüsse, nämlich

- (i) die Umweltdebatte, die zu einer Abkehr von Problemen des rein quantitativen Wachstums geführt hat;
- (ii) die Formulierung von alternativen «Wachstums»-Modellen systemdynamischer Natur; und schliesslich
- (iii) die bereits erwähnten grundsätzlichen Angriffe gegen die ökonomische Gleichgewichtstheorie (*Kornai* 1971, *Kaldor* 1972).

6. Cambridger Theorie als positiver Beitrag zur Ökonomie

Der Hauptunterschied zwischen der gängigen Neo-Neoklassik und den Neo-Ricardianern der Cambridger Kapitaltheorie besteht auf dem Gebiet der Einkommensverteilung (vgl. *Nell* 1967). Die Neo-Neoklassik sieht sowohl Güter- und Faktorpreise als auch deren Mengen durch Grenznutzen und Grenzproduktivität

ten simultan bestimmt. Profitrate, Lohnsatz und somit Faktoreinkommen ergeben sich unter Annahme eines in jeder Periode fixierten Kapitalstocks¹⁹.

Die Neo-Ricardianer sehen den Prozess umgekehrt: die Verteilung wird ausserhalb des Modelles bestimmt, d. h. es existiert ein Freiheitsgrad, und daraus erst ergeben sich die Güterpreise. Angebot und Nachfrage sind nicht mehr simultan bestimmt: die Güterpreise werden auf der Produktionsseite durch einen Aufschlag auf die Lohnkosten festgelegt; die Nachfrage bestimmt, welche Gütermenge abgesetzt wird. Aus diesem Ansatz folgt, dass der Gewinn nichts mit Leistung zu tun hat und nicht gerechtfertigt werden kann. Die Einkommensverteilung wird ausserwirtschaftlich bestimmt, sie ist eine Angelegenheit der *Politischen* Ökonomie.

Kritisch muss allerdings sogleich bemerkt werden, dass die Preisbestimmung auf diese Weise nur möglich ist, falls eine *einheitliche* Profitrate (vgl. *Harcourt* 1972, S. 169) festgelegt ist, was nur bei vollständiger Konkurrenz und *im Gleichgewicht* erwartet werden kann. Diese Annahme hat schon *Marx* getroffen. Sein Ansatz wird damit allerdings höchst fragwürdig, denn er unterstellt gleichzeitig einen ständig zunehmenden Konzentrationsgrad (vgl. *Köllner* 1973, S. 82). Mit gutem Recht fordert insbesondere *Streissler* (1969), dass in jeder Theorie die Struktur der Profitraten und nicht nur deren aussageloser Durchschnitt analysiert wird.

7. Kritik der Cambridger Kapitaltheorie als Politische Ökonomie

Vom Gesichtspunkt der Politischen Ökonomie sind gegen die neo-ricardianische Theorie verschiedene Einwände möglich:

(1) Die Modellannahmen sind in vielerlei Hinsicht extrem neo-neoklassisch und weisen daher zur Wirklichkeit eine ebenso grosse Entfernung auf. Erinnert sei an die Annahmen vollständiger Konkurrenz, konstanter Skalenerträge und unformer Profitraten.

(2) «Politische Ökonomie» beschränkt sich *ausschliesslich* darauf, dass das wirtschaftliche Modell einen Freiheitsgrad aufweist, und dass daher entweder die Profitrate oder der Lohnsatz modellexogen, «politisch», bestimmt werden muss.

(3) Von fast allen Anhängern der Cambridger Kapitaltheorie wird vorschnell und unberechtigterweise der Schluss gezogen, dass, wenn der Neo-Neoklassik Mängel nachgewiesen werden können, *nur* der Marxismus in Frage komme²⁰. Eine derartige Einengung des Möglichkeitsraumes für Theorien ist unhaltbar. Die Gefahr ist gross, dass berechtigten Gegeneinwänden kein Gehör geschenkt wird und dass alternative Ansätze weder gesucht noch ernsthaft geprüft werden.

¹⁹ Es wird von der Neo-Neoklassik nicht etwa unterstellt, der Kapitalstock sei im Zeitablauf exogen, sondern sein Wert sei in einem gegebenen Zeitpunkt nicht simultan mit den andern Grössen determiniert.

²⁰ Z. B. *Bhaduri* (1969); *Vogt*, *Nutzinger* und *Rowthorne* im Sammelband von *Vogt* (1973).

(4) In der Cambridger Kapitaltheorie wird behauptet, das Konzept des aggregierten Kapitals sei nur für eine kapitalistische Wirtschaft notwendig, weil zur Berechnung des Gewinnes und zur Abwicklung von Transaktionen mit Kapitalgütern der Kapitalwert bekannt sein muss. Im Sozialismus hingegen ergebe sich in dieser Hinsicht kein Problem.

Diese Aussage ist irreführend, da sie nur auf das Eigentum an Produktionsmitteln abstellt. Auch *ohne* Privateigentum ist sowohl eine zentralisierte wie auch dezentralisierte Allokation möglich. Da es völlig unmöglich ist, dass sämtliche Entscheidungen zentral gefällt werden, entsteht das Problem der Koordination von Mikro- und Makroebene. Für diese Abstimmung ist auch in einem Land ohne Privateigentum die Kenntnis der Kapitalwerte notwendig. Entscheidend dafür ist nicht die Frage der Eigentumsordnung, sondern des Allokationssystems.

B. Gegenseitige Abhängigkeit von Wirtschaft und Politik

Im Gegensatz zu den dem Marxismus verpflichteten Ansätzen versuchen die beiden nächsten Varianten, den Anspruch Politischer Ökonomie durch eine direkte Betrachtung der in der Gesellschaft zu beobachtenden Interdependenz von Wirtschaft und Politik einzulösen. Die Kritik an der bestehenden Theorie tritt demgegenüber in den Hintergrund; sie ist nicht Ansatzpunkt, sondern ergibt sich als *Folge* der sich von der Neo-Neoklassik grundsätzlich unterscheidenden Betrachtungsweise. Die Vertreter der «Politischen Ökonomie der Unorthodoxie» (Variante V) legen starkes Gewicht auf eine – wenn auch eigenwillige – theoretische Konzeption, während die «Politische Wirtschaftslehre» (Variante VI) ihr Ziel durch eine Zusammenstellung der Beiträge möglichst vieler verschiedener Wissenschaftszweige zu erreichen sucht.

V. Politische Ökonomie der Unorthodoxie

1. Charakterisierung

Es fällt schwer, Gemeinsamkeiten in der Politischen Ökonomie der Unorthodoxie zu finden. Immerhin lassen sich einige wesentliche Elemente anführen:

(a) Wirtschaft und Politik werden als Einheit betrachtet. *Galbraith*, einer der wohl bekanntesten lebenden Ökonomen, der andererseits von manchen Fachkollegen nicht mehr ganz ernst genommen wird, gibt dieser Einstellung deutlich Ausdruck:

“There can not longer . . . be any separation by economists between economics and politics . . . politics does and must . . . become a part of economics” (*Galbraith* 1973, S. 6).

Diese Verbindung von Wirtschaft und Politik geschieht zur Hauptsache durch Berücksichtigung der Wechselbeziehungen zwischen den beiden Bereichen, kaum jedoch in einer in die Tiefe gehenden Betrachtung politischer Institutionen und Prozesse.

(b) Von den herkömmlichen Annahmen der Wirtschaftstheorie, wie etwa vollständige Konkurrenz oder Gleichgewicht, wird ohne weiteres abgegangen, auch wenn dadurch auf die formale Eleganz verzichtet werden muss. Ganz allgemein stellen die Unorthodoxen stark auf die Realitätsnähe der grundlegenden Annahmen ab. Die verwendeten Methoden sind vielfältig; mathematische Ansätze sind jedoch selten, wohl weil sie oft gerade die entscheidenden Unterschiede zu traditionellen Theorien zu verwischen tendieren.

(c) Die Gedankengänge und das Vorgehen der Unorthodoxen sind meist unverkennbar durch die jeweilige Forscherpersönlichkeit geprägt. Schulen bilden sich selten, wohl nicht zuletzt, weil sich die Ansichten der Unorthodoxen infolge neuer Einsichten recht oft wandeln.

(d) Bemerkenswert ist ihr *starker Einfluss* bei aufgeklärten Laien, der nicht selten denjenigen der traditionellen Theorie übertrifft. Während die theoretischen Ökonomen noch immer vom Modell der vollständigen Konkurrenz und atomistischen Firmen ausgehen, ist nicht zu übersehen, dass beinahe *alle* anderen Personen, die sich zu wirtschaftlichen Fragen äussern, explizit oder implizit der *Galbraithschen* Vorstellung (1959, 1968) der modernen Wirtschaftsgesellschaft nahe stehen. Selbstverständlich folgt daraus nicht die Richtigkeit von *Galbraith's* Thesen, sondern es ist nur ein Hinweis darauf, auf welcher Seite die Beweislast für die Relevanz bei der Verwendung des Modelles atomistischer Konkurrenz liegen sollte.

(e) Der starke Einfluss der Unorthodoxen im breiten Publikum geht nicht zuletzt auch auf die Bedeutung der behandelten Probleme zurück. Viele der eingangs genannten Fragen sind Hauptgegenstand ihrer Analyse.

An dieser Stelle können nur einige wenige wichtige Unorthodoxe aufgeführt und deren Beiträge stichwortartig beleuchtet werden. Dabei ist eine Beschränkung auf Gelehrte der Gegenwart notwendig; *Schumpeters* und *Veblens* Namen müssen aber an dieser Stelle zumindest genannt werden.

2. Amerikanische Unorthodoxe

Zu den – neben *Galbraith* – originellsten und anregendsten Sozialwissenschaftlern zählt *Boulding* (1962, 1968, 1970). Sein Interessengebiet ist beinahe so umfassend wie bei den Klassikern: er hat Beiträge verfasst von der Mikroökonomik der Firma über Wachstums-, Bildungs- und Konfliktforschung bis zur Religion. Das von ihm erdachte Bild des «Raumschiffs Erde» gehört heute zum allgemeinen

Gedankengut der Menschheit. In vielen seiner Aufsätze nehmen die Koordinationsmechanismen des Tausches, der Liebe und der Furcht einen wichtigen Raum ein; sie bilden eine Ergänzung zu den Entscheidungssystemen von *Dahl* und *Lindblom*. Das politische Element reicht bei *Boulding* von der Analyse von nicht-marktlichen Prozessen (wie bei der Neuen Politischen Ökonomie) bis hin zu dem viel allgemeineren Verständnis von Politik, wie bei den Marxisten.

Eine enge Verknüpfung von Wirtschaft und Politik findet sich auch bei *Hirschman* (1958, 1970). Ausgangspunkt bilden diejenigen Prozesse und Mechanismen, die bei einem Versagen des Preissystems in Kraft treten. Unter Umständen erweist es sich sogar als angezeigt, die normalen monetären Prozesse bewusst *aus* dem Gleichgewicht zu bringen, um dadurch politische Kräfte zu wecken. Besonders zentral für die Politische Ökonomie ist die Untersuchung der Frage, welche Reaktionen bei einer Verschlechterung der Qualität des Angebots eines Gutes oder einer Dienstleistung auftreten: in der herkömmlichen Ökonomik wird nur die Substitution zu einem anderen Anbieter gesehen («Austritt»), in der Politikwissenschaft wird umgekehrt der Austritt als Verrat empfunden und nur der Protest als sinnvolle Möglichkeit gesehen. *Hirschman* zeigt, dass beide Reaktionen je nach den speziellen Umständen zu einer Verbesserung des Angebots führen können und leistet damit einen bemerkenswerten integrativen Beitrag.

Als Politischer Ökonom unorthodoxer Prägung ist sicherlich auch *Rostow* (1960, 1971) anzusehen, der seine Stadien des Wirtschaftswachstums als bewusste Alternativen zu *Marx* versteht. Es ist daher nur folgerichtig, dass seinem ersten, mehr wirtschaftlich orientierten Werk nun die «Politik der Wachstumsstadien» gefolgt ist.

3. Deutschsprachige Unorthodoxe

Die im letzten Abschnitt aufgeführten «amerikanischen» Unorthodoxen stammen bemerkenswerterweise fast ohne Ausnahme aus Europa. Es könnte die Hypothese aufgestellt werden, dass der späte Eintritt in den amerikanischen Wissenschaftsbetrieb ermöglicht hat, sich der dort herrschenden Tendenz zur neoklassischen Orthodoxie leichter zu entziehen. Dagegen spricht allerdings die weitgehende Absenz gerade deutschsprachiger Unorthodoxer jüngerer Generation²¹.

In der älteren Generation ist vor allem *Salin* (1955, 1963) zu nennen, bei dem – anknüpfend an *List* – die gegenseitigen Einflüsse von Wirtschaft und Politik im Zentrum der Überlegungen stehen. Hervorzuheben ist seine aus der Geschichte

²¹ Das wichtige Bemühen, nach den Nazi-Jahren den Anschluss an die Spitze wiederzufinden, hat möglicherweise zu wenig Raum für unorthodoxe Beiträge gelassen.

schöpfende Betrachtungsweise, die jedoch wegen der Anwendung auf aktuelle Probleme der Gefahr blossen Historisierens entgeht.

Auch der vor wenigen Jahren verstorbene *Preiser* (1961, 1970) hat sich zu einer Zeit mit Fragen Politischer Ökonomie beschäftigt, als das Hauptinteresse der Aufarbeitung der modernen neoklassischen Theorie galt. *Preiser* hat sich bemüht, die zentrale Kategorie der Macht in die formale Verteilungstheorie einzuführen und hat zugleich gezeigt, wie eine «politische» Grösse auf die Wirtschaft einwirkt. Er hat sich im Anschluss an *Schumpeter* auf interessante Weise auch mit der Imperialismustheorie beschäftigt.

Mit ähnlichen Fragen, vor allem mit dem Problem der Macht, beschäftigt sich auch *Rothschild* (1970, 1971). Die geringe Beschäftigung der traditionellen Ökonomie mit diesem Phänomen erklärt er u. a. mit der Scheu der Forscher, möglicherweise mit mächtigen Gruppen der Gesellschaft in Konflikt zu geraten. Als einer der wenigen deutschsprachigen Ökonomen setzt er sich auch mit wirtschaftlichen Aspekten des Friedens auseinander.

VI. Politische Wirtschaftslehre

Die Politische Wirtschaftslehre sucht die wirtschaftlichen Faktoren in der Politik und die politischen Hintergründe des wirtschaftlichen Geschehens zu erfassen. Die deskriptive Lehre von den öffentlichen Institutionen wird mit rechtlichen Aspekten angereichert und in Verbindung mit einigen einfachen wirtschaftlichen Mechanismen gebracht. Ein besonderes Anliegen ist die Untersuchung der gegenseitigen Abhängigkeit von wirtschaftlichem und politischem System, also etwa die Frage, in welcher Weise die Institution der Demokratie mit der Marktwirtschaft und die Institution der Diktatur mit der Planwirtschaft verbunden sind.

Die Politische Wirtschaftslehre wurde von *v. Eynern* (1968) entwickelt und blieb bis heute auf den deutschen Sprachraum beschränkt (vgl. auch *Böhret* 1967). Sie verfügt über keine Theorie zur Untersuchung der von ihr angegangenen Probleme. Sie wirkt dementsprechend konzeptionslos und befindet sich nicht selten hinter dem heutigen Stand der Wirtschaftswissenschaft und Politologie. Es kann also nicht erstaunen, dass der Ansatz und die Ergebnisse der Neuen Politischen Ökonomie nicht zur Kenntnis genommen werden, obwohl sie sich als theoretische Grundlage geradezu aufdrängen. Statt dessen wird z. B. noch immer vom längst als unfruchtbar erwiesenen Gegensatzpaar Marktwirtschaft–Zentralverwaltungs-wirtschaft ausgegangen (*v. Eynern*, S. 66).

Die politische Wirtschaftslehre ist als Beschreibung recht brauchbar. Bei diesem Ansatz zeigt sich jedoch deutlich, dass eine wichtige Fragestellung nicht genügt, sondern dass gerade im integrativen Bereich zwischen Politik und Wirtschaft eine theoretische Konzeption *notwendig* ist.

C. Politikberatung

Die beiden nachfolgenden Varianten gehören insofern zur Politischen Ökonomie, als sie die Rationalität staatlicher Entscheidungen zu verbessern trachten und damit auch eine unmittelbare politische Absicht verfolgen. Von den anderen Varianten unterscheiden sie sich durch eine starke Orientierung am praktischen Handeln. Dies gilt insbesondere für die «Moderne Wirtschaftspolitik» (Variante VII), die sich als praktische Wissenschaft wenig um theoretische Belange kümmert. Die «Policy Science» (Variante VIII) hebt sich davon vor allem durch den Einbezug bisher gerade in der täglichen Wirtschaftspolitik vernachlässigter Elemente ab.

VII. Politische Ökonomie als praktische Wirtschaftspolitik

1. Regierungsberatung

Dieser Zweig der Politischen Ökonomie versteht sich als praktische Anwendung der Wirtschaftstheorie zum Zweck der Regierungsberatung, insbesondere in Gremien wie dem Council of Economic Advisers (CEA) in den USA und dem Sachverständigenrat in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. *Molitor* 1973). Zur Politischen Ökonomie der praktischen Wirtschaftspolitik gehören auch die Versuche um die «Konzertierte Aktion».

In der Regel geht es dabei um ökonomisches Wissen, das längst bekannt und akzeptiert ist, dennoch nur mit grosser Mühe in der politischen Praxis angewandt werden kann. Die Hauptaufgabe der Mitglieder der CEA liegt heute noch in dem Versuch, dem Präsidenten und den Parlamentariern die Grundregeln der «new economics» (d. h. der Keynesianischen Theorie) zu vermitteln (vgl. *Heller* 1967, *Okun* 1970). Dabei findet der Einfluss der verschiedenen institutionalisierten Interessengruppen auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen besondere Beachtung. Es wird auch berücksichtigt, dass in modernen Industriegesellschaften die staatliche Verwaltung und die verschiedenen parlamentarischen Kommissionen eigene Vorstellungen zu verwirklichen trachten, die nicht unbedingt dem Gemeinwohl entsprechen (*Schultz* 1974). Diese Art Politische Ökonomie orientiert sich an den unmittelbaren Problemen der täglichen Wirtschaftspolitik. Dies schliesst nicht aus, dass z. T. auch längerfristige Aspekte mit einbezogen werden, wie etwa der Versuch der Rationalisierung der Staatsausgaben mit Hilfe des PPBS (Planning-Programming-Budgeting System) (*Schultze* 1968).

2. Charakteristik des Ansatzes

Die politisch-ökonomische Komponente kann in zwei Punkten zusammengefasst werden:

(a) Die Politikberater müssen auf jeden einzelnen Politiker eingehen, um den «Ökonomischen Sachverstand» zu vermitteln;

(b) sie sehen ihre eigene politische Rolle in der Vertretung der Konsumenteninteressen gegenüber den Gruppen der Produzenten und Gewerkschaften. Deutlich ist diese Absicht in dem kürzlich für die Schweiz gemachten Vorschlag zur Schaffung eines Wirtschaftsrates (*R. L. Frey* 1968) sichtbar.

Gerade im Vergleich zu anderen Politischen Ökonomien stehen die amerikanischen Vertreter dieser praktischen Politikberatung dem Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft recht naiv gegenüber. Zielkonflikte werden am liebsten verschwiegen und dafür Einigkeit betont:

“Happily for the economic adviser, politics and economics are often in harmony rather than conflict” (*Heller* 1967, S. 17).

“Economists of contrasting political views agree among themselves on many issues” (*Okun* 1970, S. 1).

Die Einschätzung der Möglichkeiten und der Rolle der Ökonomik ist äusserst optimistisch, ja geradezu euphorisch. Sie steht damit in diametralem Gegensatz zur tiefen Skepsis gegenüber den Chancen erfolgreichen einzel- und gesamtwirtschaftlichen staatlichen Handelns, wie sie gegenwärtig sowohl von seiten der Neuen Linken als auch anderer Autoren vertreten wird. Diese Skepsis ist nicht unbegründet: es hat sich in den Vereinigten Staaten gezeigt, dass das PPBS nach einer gewissen Übergangszeit kaum noch einer Orientierung an gesamtgesellschaftlichen Zielen, sondern im Gegenteil den Ministerien immer stärker zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen dient (*Wildavsky and Hammond* 1965/66).

Diese wirtschaftspolitische Variante der Politischen Ökonomie erweist sich – zumindest in ihrer amerikanischen Ausprägung – in vielerlei Hinsicht als mangelhaft. Dies bedeutet nicht, dass auf praktische Regierungsberatung und die Durchsetzung von Planungsinstrumenten verzichtet werden sollte. Notwendig ist jedoch eine stärkere theoretische Orientierung dieser praktischen Politik, eine Absage an vordergründige Harmonievorstellungen und eine verstärkte Hinwendung zur *Politischen Ökonomie*.

VIII. Policy Science

1. Grundlagen

Policy Science ist die Wissenschaft von der politischen Entscheidungsplanung. Der Hauptgrund für die oft unzulänglichen politischen Entscheidungen in der

Wirklichkeit wird nicht im fehlenden Wissen, sondern in dessen mangelhafter Anwendung gesehen. Nach Ansicht des Hauptvertreters der Policy Science gilt:

“While human capacities to shape their environment, society and human beings are rapidly increasing, policy-making capabilities to use those capacities remain the same” (*Dror* 1971, S. 140).

Die Policy Science ist unter Ökonomen weitgehend unbekannt. Sie wurde von *Lasswell* (1951) und *Dror* (1968, 1971) entwickelt²². Sie versteht sich selbst als Suprawissenschaft, denn sie versucht, Elemente aus den verschiedensten Wissenschaftszweigen zusammenzubringen, um bessere Entscheidungen durchzusetzen. Zur Systemanalyse fügt sie vor allem das Element des Abschätzens und der Verbesserung der Realisierungschancen von Vorschlägen hinzu. Aus diesem Grund kann sie zu Recht als *Politische Ökonomie* bezeichnet werden. (Vgl. auch *Wildavsky* 1966.)

2. Kritik der politischen Entscheidungsfindung

Die Policy Science hat sich als Reaktion auf die hauptsächlichen Mängel von Entscheidungsvorgängen im politischen und administrativen Raum entwickelt. Zu nennen sind vor allem drei Aspekte:

(a) Die Probleme werden *zu eng* definiert. Daraus entstehen für die politische Entscheidungsbildung zwei Nachteile:

- (i) Rückwirkungen auf andere Bereiche bleiben unberücksichtigt;
- (ii) die für den engen Bereich angemessenen Massnahmen werden manchmal aus Unkenntnis, meist aber auf Grund des Zwanges der Verhältnisse auch auf Probleme angewandt, für die sie sich eher schädlich als nützlich erweisen.

(b) Gesellschaftliche Neuerungen und Experimente werden vernachlässigt.

(c) Die von aussen (z. B. von Experten) kommenden Ratschläge zur politischen Entscheidungsfindung werden oft als starre Vorschläge vorgebracht, die den wechselnden Anforderungen des politischen Kräftespiels schlecht Rechnung tragen.

Eine Verbesserung der Politikberatung drängt sich auf.

3. Der Ansatz

Die Theorie der Politikberatung baut auf 14 Paradigmen auf (*Dror* 1971), von denen hier allerdings nur diejenigen genannt seien, die sich von der traditionellen Theorie der Wirtschaftspolitik (vgl. etwa *Gäffgen* 1972) unterscheiden:

- (i) Die Policy Science ist betont integrativ;
- (ii) ihr Hauptziel ist die Überwindung der Trennung von reiner und angewandter Forschung;

²² Als spezialisierte Zeitschrift vgl. «Policy Science».

- (iii) grosse Bedeutung wird der aktiven Förderung der Kreativität und der gesellschaftlichen Innovation zugewiesen ;
- (iv) neben rationalen finden auch ausser-rationale Prozesse (wie Intuition und Charisma) Beachtung ;
- (v) der ahistorische Ansatz wird verworfen ;
- (vi) dynamische Prozesse und Änderungen der Werte (Präferenzen) bilden einen wichtigen Bestandteil.

4. Beurteilung

Die Policy Science stellt einen bemerkenswerten Versuch dar, einen bisher vernachlässigten Bereich der Politischen Ökonomie mit Hilfe von modernen Methoden anzugehen. Für die Ökonomik, die sich erst zögernd mit einigen oben aufgeführten Aspekten auseinanderzusetzen beginnt, können wertvolle Impulse gewonnen werden. Dies gilt zwar auch für andere Varianten Politischer Ökonomie, die jedoch Elemente wie ausser-rationale Prozesse und historische Einflüsse vernachlässigen. Besonders hervorzuheben ist auch deren Bestreben zum Entwurf von Realisationsstrategien, die Ausrichtung an praktischen Problemen und damit die unmittelbare Anwendbarkeit, Aspekte, die die anderen Politischen Ökonomien bisher vernachlässigten.

Die Theorie der Politikberatung kann umgekehrt auch von anderen Politischen Ökonomien lernen. Der Vorwurf technokratischer Illusionen (*Scharpf* 1973, S. 73 ff.) wird nicht zu Unrecht erhoben: Aus einer Verbesserung der Methoden der Entscheidungsfindung allein lässt sich keine grosse Steigerung der gesellschaftlichen Rationalität erwarten. Ebenso notwendig ist die Untersuchung der Interessenlagen der verschiedenen Gruppen, die sich als Einschränkungen des Entscheidungsraumes offenbaren.

D. Einheitliche Methode und Gemeinsamkeit Ökonomischer und Politischer Theorie

Dieser Ansatzpunkt bemüht sich, die Trennung zwischen wirtschaftlichem und politischem Bereich durch die Anwendung einer gemeinsamen Methode zu überwinden. Die «Systemtheorie» (Variante IX) versucht dies mit Hilfe einer allgemeinen, von Sachgebieten unabhängigen Theorie. Die «Ökonomische Theorie der Politik» oder «Neue Politische Ökonomie» (Variante X) wendet Denkweisen und Analysetechniken der modernen Wirtschaftstheorie auf den politischen Bereich an. Zweifellos ist der systemtheoretische Ansatz ehrgeiziger, birgt jedoch die Gefahr in sich, allzu allgemein zu bleiben, zu einem blossen Sprachstil zu entarten

und keine empirisch testbaren Ergebnisse zu liefern. Die Ökonomische Theorie der Politik hingegen vermag eine grosse Zahl Hypothesen abzuleiten, die mit der Wirklichkeit konfrontiert werden können. Diese Variante ist jedoch der Gefahr ausgesetzt, das (allerdings nur schwer definier- und erfassbare) «spezifisch politische» Element aus den Augen zu verlieren.

IX. Systemtheorie

1. Interdisziplinarität als Ziel

Die Systemtheorie sucht die verschiedenen Wissensgebiete – darunter auch die Ökonomik und Politologie – einander näherzubringen und wird von manchen Autoren schon allein deshalb als Politische Ökonomie bezeichnet²³. Die Systemtheorie stellt einen einheitlichen Rahmen der Analyse zur Verfügung.

2. Ansatz

Ausgangspunkt bildet die Suche nach den gemeinsamen Eigenschaften von Systemen, seien sie biologisch, technisch oder gesellschaftlich. Ein System kann als Struktur definiert werden, deren Elemente untereinander und mit den systemexternen Elementen in Beziehung stehen. Jede Veränderung eines Elementes wirkt auf andere Elemente im System fort. Ein System ist durch dauernden Wandel in Form von Anpassungs- und Entwicklungsprozessen charakterisiert. Die Bausteine (Elemente) sind beliebig wählbar; sie richten sich nach Objekt und Zweck der Untersuchung.

An dieser Stelle seien nur zwei zentrale Systemeigenschaften genannt:

(a) Wissen ist selbst ein Systemelement, d.h. der Information kommt eine besondere Bedeutung zu. Das Bewusstsein (Wissen über das System) führt zu Veränderungen im Systemablauf, d.h. es existiert eine Rückkoppelung in Form der Verarbeitung von Informationen. Auf diese Weise kann auch das Lernen als interaktiver Prozess zwischen System und Umwelt erfasst werden.

(b) Das Verhalten eines Elementes wird zur Hauptsache nicht durch besondere kausale Beziehungen bestimmt, sondern durch die Gesamtstruktur der gegenseitigen Abhängigkeit dieses Systemelementes und seiner Umwelt. Das System als Ganzes besitzt Eigenschaften, die sich nicht einfach aus der «Summierung» isolierter Komponenten ergeben.

²³ Schenk 1971, S. 85; Koellner 1973, S. 42ff.; Böhret 1973, S. 360ff.

3. Anwendungsgebiete der allgemeinen Systemtheorie

Die Systemtheorie wurde von dem österreichischen Biologen *v. Bertalanffy* (1951) entworfen und steht in engem Zusammenhang mit der von *Wiener* (1954) begründeten Kybernetik. Laufende Forschungsergebnisse werden vor allem im «General Systems Yearbook» (nebst anderen Zeitschriften) veröffentlicht; eine gute Übersicht gibt der Sammelband von *Emery* (1969).

In den Sozialwissenschaften ist die Systemtheorie bisher in einigen Bereichen angewandt worden:

(a) In der *Politikwissenschaft* ist sie Grundlage der wichtigen Arbeiten von *Easton* (1965) und *Deutsch* (1963); ähnliche Ansätze werden auch in der deutschsprachigen Literatur verwendet²⁴.

(b) In der *Soziologie* und *Verwaltungswissenschaft* ist die Systemtheorie stark durch *Luhmann* (1971) geprägt, der sie hauptsächlich zur Analyse der planenden Verwaltung verwendet. Die Bürokratie wird als Teilsystem einer komplizierten gesellschaftlichen Umwelt betrachtet. Die Aufgabe der Verwaltung besteht in der Verminderung dieser Komplexität zur Erreichung von bindenden Entscheidungen, die ihrerseits für die übrige Umwelt eine Entscheidungshilfe darstellen. Die Verwaltung muss derart aufgebaut sein, dass diese Funktion nach eigenen Grundsätzen erfolgen kann. Der übrige politische Prozess passt sich im wesentlichen an diese administrativen Entscheidungen an. Diese Konzeption der Verwaltung als weitgehend selbständiges Gebilde widerspricht der Agenturthese der Neuen Linken.

(c) In der *Ökonomik* spielt die Systemtheorie – zumindest im Westen – eine eher bescheidene Rolle (vgl. aber *Boulding* 1956, *Schenk* 1971); mehr Aufmerksamkeit hat sie in östlichen Ländern gefunden. So versucht etwa *Kornai*, seine «Antigleichgewichtstheorie» in enger Anlehnung an die Systemtheorie und Kybernetik zu entwickeln (1971, S. 53, vgl. auch S. 370).

4. Systemdynamik

Seit der Veröffentlichung von *Meadows'* (1972) «Grenzen des Wachstums» ist diese spezielle Variante der Systemtheorie zweifellos die bekannteste geworden²⁵. Sie bedient sich grosser Computermodelle zur Simulation von Abläufen. Im Gegensatz zu den üblichen analytischen Modellen der Wirtschaftstheorie, die sich

²⁴ *Narr* (1969), *Naschold* (1969), *Senghaas* (1968); eine bemerkenswerte Weiterentwicklung findet sich bei *Scharpf* (1973).

²⁵ Die Literatur darüber ist innerhalb von eineinhalb Jahren ins Unübersehbare gewachsen. Die Systemdynamik wurde von *Forrester* (1961, 1971) entwickelt. Eine Übersicht über die Diskussion im Anschluss an die «Grenzen des Wachstums» gibt *Scholder* (1973).

häufig einer Lösung entziehen, sind bei derartigen Simulationsmodellen keinerlei Einschränkungen in bezug auf die mathematische Formulierung notwendig: Systemdynamische Ansätze verwenden eine Vielzahl dynamische, interdependente und nichtlineare Beziehungen zwischen den Variablen.

Von den Systemdynamikern wird die Möglichkeit des Auftretens von Ergebnissen betont, die der Intuition und dem gesunden Menschenverstand widersprechen («Counterintuitive Behaviour»). In den bisherigen Modellen von *Forrester* und *Meadows* sind keine politischen Prozesse enthalten. Die Studien fällen hingegen ein gefährliches politisches Werturteil, nämlich dass zuerst das Wachstum gestoppt und erst anschliessend an die Einkommensverteilung (insbesondere zwischen den reichen und den armen Ländern) gedacht werden soll (vgl. z. B. *Galtung* 1973).

In der zweiten Stufe der Modelle des Club of Rome sollen vermehrt gesellschaftliche Aspekte berücksichtigt werden. Die politische Komponente soll in Form eines Entscheidungsmodells für Staatsmänner einbezogen werden, wozu eine hierarchische Modellstruktur verwendet wird (*Mesarović* und *Pestel* 1972). Es muss abgewartet werden, ob dadurch eine verstärkte Öffnung der globalen Systemdynamik in Richtung einer Politischen Ökonomie (und Politischen Ökologie) möglich sein wird.

5. Systemanalyse

Die *Systemanalyse* versucht, erwünschte Ziele durch die bestmögliche Auswahl aus einer Fülle möglicher Handlungen, unter Berücksichtigung aller ihrer Auswirkungen, zu erreichen. Es handelt sich damit um einen an der Praxis orientierten Teilbereich der Systemanalyse, um eine *Methode zur Rationalisierung der Entscheidungsbildung* (*Böhret* 1970).

Die Systemanalyse verwendet dazu einen systematischen Arbeitsplan, der aus drei Schritten besteht:

- (i) Einengen des Entscheidungsproblems durch explizite Problemformulierung, sorgfältige Zielauswahl und breit angelegte Suche nach Alternativen politischer Entscheidung;
- (ii) Durchdringen des Entscheidungsfeldes durch Sammlung von Daten, Formulierung eines (möglicherweise mathematischen) Modells und Durchführen einer Nutzen/Kosten-Analyse;
- (iii) Interpretation und Einschätzung der Ergebnisse und, darauf aufbauend, Überprüfung der Annahmen, möglicherweise auch Veränderung der Ziele.

Die Methode ist somit von vornherein als iterativer Prozess aufgebaut. Bei der praktischen Anwendung der Systemanalyse hat sich gezeigt, dass diese Rationalisierung politischer *Entscheidungsbildung* nicht ausreicht, weil der wichtige Schritt

zur Entscheidungs*fällung* unberücksichtigt bleibt. Dieser Mangel wird durch die *Policy Science* zu überwinden gesucht.

6. Systemtheorie und Politische Ökonomien

Die Systemtheorie unterscheidet sich deutlich von anderen bisher betrachteten Varianten Politischer Ökonomie. Von der Politischen Wirtschaftslehre hebt sie sich vor allem durch ihre grössere Breite und theoretische Fundierung ab. Die Orientierung an der Gesamtgesellschaft (vor allem in ihrer Anwendung in der Politologie) und ihre Systemkritik bringt sie der Marxistischen Politischen Ökonomie nahe, hinsichtlich der Zielgewinnung und Methodik unterscheidet sie sich in wesentlichen Punkten.

X. Ökonomische Theorie der Politik oder Neue Politische Ökonomie

1. Ziel und Ursprung

Diese Variante Politischer Ökonomie bemüht sich ebenfalls, die in der Wissenschaft durchgeführte Trennung zwischen Wirtschaft und Politik zu überwinden. Methodisch wird diese Integration mit Hilfe der in der modernen Wirtschaftstheorie üblichen Denkweisen und Techniken durchgeführt, wobei nicht nur Elemente der Neoklassik, sondern z. B. auch Unorthodoxer (insbesondere *Boulding* und *Hirschman*) berücksichtigt werden. Die stärksten Impulse sind dabei von der Finanzwissenschaft (insbesondere europäischer Tradition), der Mikroökonomik und der Wohlfahrtstheorie ausgegangen.

Die Ökonomische Theorie der Politik hat in *Wicksell* (1896), der sich mit Abstimmungsregeln befasste, und *Schumpeter* (1942), der auf das stimmenmaximierende Verhalten von Regierungen hinwies, berühmte Ökonomen als Vorläufer. Ungleich anderen Zweigen der Wirtschaftswissenschaft sind die grundlegenden Beiträge in Buchform erschienen: zu nennen sind *Arrow* (1951, 1963), *Black* (1958), *Buchanan and Tullock* (1962), *Olson* (1965). Wohl am bekanntesten und für die nachfolgende Entwicklung am stärksten prägend ist *Downs'* «Ökonomische Theorie der Demokratie» (1957). Dieser neue Wissenschaftszweig trifft heute auf rasch wachsendes Interesse²⁶.

²⁶ Die «Public Choice Society», von der in Amerika und in Europa ein Zweig besteht, publiziert die Zeitschrift «*Public Choice*». Es existieren bereits Übersichten (*Barry* 1970, *Bernholz* 1972, *Riker and Ordeshook* 1973) und als Aufsätze: *Mitchell* (1967, 1968), *Taylor* (1971, 1973), *B. S. Frey* (1970, 1974). Die Entwicklungen im französischen Raum diskutiert *Wolfelsperger* (1974); im deutschsprachigen Raum *Frey* und *Frey* (1973).

2. Beziehungen zu verwandten Gebieten

Neben der Ökonomischen Theorie der Politik gibt es einige andere Zweige innerhalb der Wirtschaftswissenschaft, die das gleiche ökonomische Instrumentarium auf ebenfalls neue Gebiete anwenden:

(a) Die *Theorie der öffentlichen Wirtschaft* (Public Economics), die sich von der herkömmlichen Finanzwissenschaft durch die Betonung der Ausgabenseite und der Funktionsweise des öffentlichen Sektors abhebt²⁷.

(b) Die *Theorie der Eigentumsrechte* (Theory of Property Rights), die die Tauschtheorie durch Berücksichtigung ausserwirtschaftlicher Elemente in der individuellen Nutzenfunktion und der Transaktionskosten erweitert und vor allem den Auswirkungen unterschiedlicher Eigentumsregelungen auf die Anreize (incentives) nachgeht²⁸.

(c) Die *Theorie der Transfers* (Theory of Grants), die sich dem Studium einseitiger Übertragungen widmet. Ein immer grösserer Teil des Sozialprodukts wird nicht über die zweiseitigen Marktbeziehungen geregelt, sondern durch Transfers ohne Gegenleistungen, wie etwa die gesamten Sozialleistungen und Steuern. Die enge Verwandtschaft mit der Neuen Politischen Ökonomie ist offensichtlich²⁹.

Alle diese Gebiete gehören zur «*Aussermarktlichen Ökonomik*», die sich mit jenen Bereichen befasst, in denen Knappheit herrscht, nicht aber das Preissystem die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel steuert. Als Alternativen bieten sich eine ganze Reihe von Entscheidungsmechanismen an (vgl. *Dahl* und *Lindblom* 1953, *Stohler* 1964), wie

- demokratische Entscheidungen mittels Abstimmungen und Wahlen,
 - bürokratische Entscheidungen,
 - Verhandlungen
- sowie Zufall, Tradition usw.

Die «*Aussermarktliche Ökonomik*» befasst sich inhaltlich mit Bildung, Gesundheit, Freizeit, Kriminalität und Frieden³⁰.

3. Die wichtigsten Forschungsbereiche

An dieser Stelle können nur vier besonders wichtige Forschungsgebiete genannt und oft nur stichwortartig behandelt werden. Für eine ausführlichere Diskussion sei auf die bereits genannten Übersichtsartikel verwiesen.

²⁷ Vgl. die neue Zeitschrift «*Public Economics*».

²⁸ *Furubotn* und *Pejovich* (1972) geben eine Übersicht.

²⁹ Die «*Grants Economics*» wurde stark durch ihren Begründer *Boulding* (1973) geprägt.

³⁰ Vgl. *Johnson* (1968) und als Anwendungsfälle z.B. für die Freizeit *Linder* (1970), für die Kriminalität *Becker* (1968).

3.1 Kollektive Entscheidungen in einer demokratischen Gesellschaft

Dieses Problem kann in vier verschiedene Aspekte aufgelöst werden :

(a) Das logische Grundproblem : Die Präferenzaggregation

Politik kann abstrakt aufgefasst werden als Verfahren zur Bildung gesellschaftlicher, d.h. *kollektiver Entscheidungen* auf Grundlage *individueller Präferenzen*. Die Berücksichtigung der Wünsche der einzelnen Glieder der Gesellschaft ist zentral, würde es sich anderenfalls doch um eine Diktatur einer Person oder Gruppe oder einfach um Willkür handeln.

Das Erreichen einer kollektiven Entscheidung ist gleichbedeutend mit der Ableitung einer gesellschaftlichen Wohlfahrtsfunktion. Diese ist nur «sinnvoll», wenn sie bestimmte logische und intuitive Bedingungen erfüllt, z.B. wenn *jedes* Individuum in der Gesellschaft eine Alternative x der Alternative y vorzieht, dann sollte die kollektive Entscheidung gleichlautend sein (sog. Pareto-Kriterium)³¹.

(b) Das Abstimmungsparadoxon

Eine wichtige Frage ist, ob bei *einfacher Mehrheitsregel* die Bildung einer aggregierten Wohlfahrtsfunktion möglich ist. Viele bedeutende Geister, wie *Condorcet* (bereits 1785), *Laplace* und *Dodgson* – Professor für Mathematik in Oxford, bekannter als Lewis Carroll, Autor von *Alice im Wunderland* –, haben erkannt, dass die Mehrheitsabstimmung zu inkonsistenten Ergebnissen führen kann. Dieses wichtige Ergebnis, das die Rationalität der Demokratie in Frage stellt, ist jedoch erst seit *Black* (1958) und *Arrow* (1951), der als erster mit Hilfe der mathematischen Logik den Weg zu einem überzeugenden und allgemeinen Beweis ebnete, bekannt geworden³².

Das Problem kann anhand einer Fabel von *Æsop* illustriert werden³³:

Ein Mann, der mit seinem Sohn und einem Esel in die Stadt will, kann es niemandem rechtmachen, ob beide zu Fuss gehen (Möglichkeit A), der Sohn reitet und der Vater zu Fuss geht (B), der Vater reitet und der Sohn zu Fuss geht (C) oder schliesslich alle beide reiten (D). Die vollständige Präferenzordnung der Personengruppen, denen Vater und Sohn begegnen, dürfte folgendermassen aussehen:

Kinder	$B > D > A > C$
Frauen	$D > B > C > A$
Alte Männer	$C > D > A > B$
Städter	$A > B > C > D$

Der Mann kann kein eindeutiges Votum erhalten, d. h. kann sich auf keine konsistente Mehrheit für eine der Handlungsweisen stützen. denn es gilt (bei gleicher Gruppengrösse und einfacher Mehrheit): $A = B, B > C, C = D, D > A$.

Die Bedeutung des Abstimmungsparadoxons liegt in der Unmöglichkeit, einen eindeutigen «Gewinner» zu ermitteln, d. h. einen Gewinner, der nicht durch eine andere Alternative wiederum geschlagen werden kann. Weil die Präferenzordnung

³¹ Vgl. *Murakami* (1968), *Sen* (1970), *Pattanaik* (1971), *Fishburn* (1973).

³² Das von *Arrow* formulierte *Unmöglichkeitstheorem* (ein Ausdruck von *Tullock* 1967) gilt für *alle* bekannten und (noch) unbekannten Entscheidungsmethoden, nicht nur für die Mehrheitsabstimmung.

³³ *Fischel* (1972).

gen der Stimmbeteiligten unbekannt sind, weiss man auch nicht, ob die Bedingungen für das Vorliegen solcher «zyklischen Mehrheiten» gegeben sind. In der Praxis wird deshalb nur solange abgestimmt, bis anscheinend ein Gewinner ermittelt ist (in Äsops Beispiel wären die Gewinner A und B). Nach diesem Verfahren besteht keine eindeutige Beziehung zwischen den individuellen Präferenzen und der kollektiven Entscheidung, denn das Ergebnis *kann* ausschliesslich von der Reihenfolge der Vorlage der Alternativen abhängen und *kann* damit gesellschaftlich irrational oder willkürlich sein.

Das Abstimmungsparadoxon und das Unmöglichkeitstheorem werden oft unrichtig interpretiert; vor allem werden die wichtigen Weiterentwicklungen meist nicht zur Kenntnis genommen:

- (i) Das Paradoxon *muss* nicht, sondern *kann* unter bestimmten Präferenzkonstellationen auftreten. Es können also umgekehrt Bedingungen formuliert werden, unter denen es sich *nicht* einstellen wird. Dazu ist immer eine – mehr oder weniger weitgehende – Ähnlichkeit individueller Präferenzordnungen notwendig, wie etwa Blacks (1958) hinreichende Bedingung der Eingipfligkeit. Der Vermeidung paradoxer kollektiver Entscheidungen sind jedoch enge Grenzen gesetzt: selbst bei geringer Inhomogenität der Präferenzen kann keine konsistente gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion mehr gebildet werden (Kramer 1973). Man muss sich also mit der prinzipiellen Möglichkeit des Auftretens des Abstimmungsparadoxons abfinden.
- (ii) Selbst wenn paradoxe Ergebnisse *möglich* sind, ist nicht gesagt, dass sie auch *auftreten* werden. Mit Hilfe von stochastischen Ansätzen (insbesondere Simulationen) wurde etwa errechnet, dass beim Lehrbuchfall mit 3 Alternativen und 3 Wählern (bei beliebiger Variation der Präferenzordnungen) in 94% der Fälle ein eindeutiger Mehrheitsgewinner ermittelt werden kann!
- (iii) Wenn schliesslich logische Widersprüche in den kollektiven Entscheidungen auftreten – so argumentieren einige Forscher (Bergson 1954, Buchanan 1954, Graaff 1962) –, braucht dies kein Schaden zu sein, sondern kann im Gegenteil zum Vorteil gereichen: Die dauernde Ausbeutung der Minderheit durch die Mehrheit wird dadurch verhindert.

Diese Überlegungen verdeutlichen, dass vom logisch-mathematischen Beweis eines Ergebnisses bis zu seiner sozialwissenschaftlichen Auslegung und Anwendung ein weiter Weg ist. Gerade beim Abstimmungsparadoxon zeigt sich ein breiter Fächer von Aspekten und Interpretationsmöglichkeiten.

(c) Abstimmungsregeln und Verfassung

In der Realität ist eine Skala von Mehrheitsregeln anzutreffen. Weitaus am häufigsten wird die *einfache* Mehrheitsregel angewandt, es finden sich aber auch die Zweidrittel-, Dreiviertel- und andere Arten qualifizierter Mehrheiten. Es lohnt sich daher, die Fragen zu stellen: *Wie gross* soll die für eine kollektive Entschei-

dung notwendige Mehrheit sein? Wie soll über *diese* Mehrheitsregel entschieden werden? Die zweite Frage, die eine allgemeine Norm über die Entscheidungsregel festlegt, berührt die Verfassungsebene.

Beide Fragen werden in der Neuen Politischen Ökonomie mit Hilfe von zwei Ansätzen zu beantworten versucht:

- (i) Beim *normativen Ansatz* werden die wünschbaren Bedingungen von aussen vorgegeben, und es wird untersucht, welche Entscheidungsmehrheit diese Kriterien erfüllt. Es handelt sich um das gleiche Vorgehen wie bei der Untersuchung des Abstimmungsparadoxons.
- (ii) Beim *individualistischen Ansatz* wird die Beurteilung der Wünschbarkeit der gesellschaftlichen Entscheidungsregel aus der Sicht eines rationalen, nutzenmaximierenden Individuums vorgenommen.

Buchanan und *Tullock* haben in ihrem wichtigen Buch (1962) dieses Vorgehen gewählt. Von einer kollektiven Entscheidung wird ein Individuum zweifach betroffen: je höher der erforderliche Zustimmungsanteil, desto kleiner ist die Gefahr, durch eine unangenehme kollektive Massnahme geschädigt zu werden, desto höhere Kosten müssen aber aufgebracht werden, um eine kollektive Entscheidung zu erreichen. Die für ein Individuum *optimale* Entscheidungsregel ist bei jeder einzelnen Massnahme verschieden, und nur rein zufällig ist eine einfache Mehrheit optimal. Der auf der Verfassungsebene liegende Beschluss über diese verschiedenen Entscheidungsregeln muss hingegen *einstimmig* getroffen werden, denn nur dann kann ein Individuum sicher sein, dass es sich nicht dauernd in der Minderheit befindet.

Neuere stärker formal orientierte Untersuchungen kommen auf Grund ähnlicher Überlegungen³⁴ zum gegenteiligen Ergebnis (*Rae* 1969, *Taylor* 1969): Neben dem von *Buchanan* und *Tullock* betrachteten Fall, bei welchem das Individuum den Status quo vorzieht, das Kollektiv aber eine Veränderung durchsetzt, darf auch der umgekehrte Fall nicht ausser acht gelassen werden, bei dem ein Individuum den vom Kollektiv vorgezogenen Status quo zu verändern wünscht. Bei Berücksichtigung (und Gleichgewichtung) dieser beiden Fälle erweist sich die einfache Mehrheit als für das Individuum *optimal* (so auch schon *Baumol* 1952).

(d) Erklärende Analyse

Die Ökonomische Theorie der Politik bemüht sich auch im weiteren, Voraussagen über Abstimmungsergebnisse (unter gegebenen Entscheidungsregeln) zu machen.

³⁴ *Rae* und *Taylor* verwenden einen stochastischen Ansatz und minimieren die Zahl der Fälle, in denen das betrachtete Individuum seinen Willen nicht durchsetzt. *Buchanan* und *Tullock* berücksichtigen – wie erwähnt – nur den Fall eines «konservativen» Individuums, betrachten aber auch die Probleme der Koalitionsbildung. Beide Einflüsse werden in Form von Kosten auf einen gemeinsamen Nenner gebracht – was etwas fragwürdig erscheint – und minimiert.

In einem Gremium soll z. B. in einer Abstimmung über die Sitzzahl und in einer anderen Abstimmung über den Eintrittspreis für einen mittleren Platz im neu zu erbauenden Theater mit einfacher Majorität entschieden werden. Die sieben Mitglieder ziehen folgende Grössenordnungen vor:

Mitglied	Sitzzahl	Eintrittspreis
1	200	Fr. 7.—
2	300	Fr. 6.—
3	300	Fr. 11.—
4	500	Fr. 3.—
5	800	Fr. 5.—
6	1200	Fr. 0.—
7	1200	Fr. 10.—

Es ist zu erwarten, dass für das Theater eine Grösse von 500 Sitzen und ein mittlerer Eintrittspreis von Fr. 6.— beschlossen wird, denn dies entspricht der Präferenz des *Medianwählers* (im ersten Fall Mitglied Nr. 4, im zweiten Nr. 2).

Diese positive Eigenschaft von (einfachen) Majoritätsabstimmungen ist in verschiedenen Untersuchungen zur Analyse von Staatsausgaben angewandt worden (vgl. den Beitrag von *Pommerehne* (1974); *Barlow* (1970)).

3.2 Regierung, Parteien und Wähler

(a) Verhaltenshypothesen für Regierung und Parteien

Bis heute wird in der herkömmlichen Ökonomik unterstellt, «der Staat» oder «die Regierung» maximiere die Wohlfahrt der Bevölkerung. Ein bedeutender Beitrag der Neuen Politischen Ökonomie liegt darin, die Fragwürdigkeit dieser Annahme zur Beschreibung der Wirklichkeit aufzuzeigen: Vor allem *Downs'* (1957) Hypothese der Stimmenmaximierung der Politiker ist in den letzten Jahren einem breiteren Kreis bekanntgeworden. Diese Betrachtung des Staates und der Regierung als Institutionen, die sich aus Individuen zusammensetzen, die letztlich ihren Eigennutz verfolgen, bricht völlig mit der bisherigen fragwürdigen organischen Konzeption. Mit dem naiven, auch heute noch weit verbreiteten Glauben, dass bei mangelhaftem Funktionieren des Preissystems – etwa wegen des Auftretens externer Effekte – alles zum Guten geregelt werde, wenn die Aktivität erst einmal dem Staat übertragen sei, wird aufgeräumt. Beim Handeln staatlicher Entscheidungsträger können deren private und die gesellschaftlichen Erträge und Kosten beträchtlich auseinanderfallen. Damit entsteht eine Tendenz zu gesellschaftlich nicht optimalen (verzerrten) Handlungen (*Tullock* 1971). Es muss nicht zwischen einem mangelhaften Preissystem und einem perfekten Staat, sondern zwischen *zwei* suboptimal funktionierenden Systemen verglichen werden³⁵.

³⁵ Nach *Bernholz* (1972) kann auch das Problem der Einkommens- und Vermögensverteilung weder im politischen noch im wirtschaftlichen Sektor gelöst werden.

(b) Verhaltenshypothesen für die Wähler

Dem Wähler wird ebenfalls ein nutzenmaximierendes und rationales Verhalten unterstellt: Er entscheidet sich für diejenige Partei, deren Programm, bisherige Leistung und zu erwartende Handlungen ihm selbst den grössten Gewinn erbringen. Dieses Verhalten ist für den speziellen Fall der Reaktion der Wähler auf – durch die Regierungspolitik verursachte (oder zugelassene) – Veränderungen wirtschaftlicher Variabler, wie Einkommen, Inflationsrate und Arbeitslosenquote, untersucht worden. Die mit Hilfe der Spektral- und Regressionsanalyse durchgeführten Schätzungen sprechen dafür, dass in der Tat ein solcher Einfluss auf die Popularität der Regierung besteht³⁶. Nicht überraschend zeigt sich auch eine signifikante Wirkung der Höhe der politischen Werbeauslagen für den Wahlausgang (*Palda* 1973 für Quebec).

(c) Politisch-ökonomische Gesamtmodelle

Ausgehend vom Parteien- und Wählerverhalten, können Modelle entwickelt werden, die den politischen und den wirtschaftlichen Bereich einer Gesellschaft überdecken. Es lassen sich zwei Ansätze unterscheiden:

(i) Theoretisch orientierte Modelle

Hier ist wiederum auf *Downs* (1957) hinzuweisen, der das grundlegende Modell zweier um die Stimmen der Wähler konkurrierender Parteien entworfen hat³⁷. Die Analogie zum Wettbewerb auf dem Gütermarkt ist offensichtlich. Auch hier führt die «unsichtbare Hand» der Konkurrenz unter geeigneten Bedingungen, wie vollständige Information usw., zu einem Pareto-optimalen Zustand: Der Wähler kann ebensowenig wie der Konsument «ausgebeutet» werden, indem ein Programm angeboten und durchgeführt würde, das nicht vollständig den Wählerpräferenzen entspricht. Gerade das eigennützige Handeln der Politiker führt zur Maximierung der gesellschaftlichen Wohlfahrt, wiederum ein Ergebnis, das den üblichen Auffassungen widerspricht.

Die Theoretiker der reinen Konkurrenzdemokratie sind sich der Grenzen ihrer Modelle sehr wohl bewusst; es handelt sich weniger um Abbildungen der Wirklichkeit als um logische Untersuchungen der Konsequenzen bestimmter Verhaltensannahmen. Immerhin lassen sich damit einige Beobachtungen erklären, etwa dass in Zweiparteiensystemen sehr ähnliche Programme im Median der Wählerpräferenzen angeboten werden und, wenn eine Partei dies nicht tut, sie eine empfindliche Niederlage erleidet.

Gegenwärtig wird das Grundmodell in verschiedene Richtungen erweitert, so durch Veränderung der Verhaltensannahmen, die Berücksichtigung mehrstu-

³⁶ Vgl. *Goodhart* und *Bhansali* (1970) für England, *Kramer* (1971) für die USA, *Frey* und *Garbers* (1972) für die Bundesrepublik Deutschland. Siehe auch den Beitrag von *Kirchgässner* (1974).

³⁷ Heute liegt es in bereinigter und formalisierter Fassung vor: *Davis*, *Hinich* und *Ordeshook* (1970), *Shubik* (1968).

figer Auswahlverfahren (Coleman 1971) und, was angesichts der vielfältigen Koalitionsmöglichkeiten die grössten Schwierigkeiten bereitet, die Berücksichtigung von mehr als zwei Parteien (Selten 1971).

(ii) Politometrische Modelle

In Analogie zur Ökonometrie können die empirischen Schätzungen mathematisch formulierter politischer Modelle als Politometrie bezeichnet werden. Die Forschungen in dieser Richtung stehen erst am Anfang und behandeln zunächst einige Teilaspekte der Interdependenz zwischen Wirtschaft und Politik, wie etwa die von einer Regierung *tatsächlich* gewählte Kombination zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit entlang einer Phillips-Kurve (Goodhart und Bhansali 1970). Einige Beachtung wird den politisch-ökonomischen Zyklen geschenkt, die sich aus den diskontinuierlichen Wahlterminen innerhalb einer Legislaturperiode ergeben (Liefmann-Keil 1970, 1971; Nordhaus 1972; als Simulationsmodell Frey 1974a).

Eine wichtige Forschungsaufgabe ist die Verbindung mit ökonometrischen Modellen. Diese erfassen den privaten Sektor anhand einer z. T. grossen Zahl von Gleichungen; das Verhalten der Regierung bleibt jedoch modellexogen. Aus diesem Grunde können Prognosen – wie z. B. über die Auswirkungen einer Rüstungsverminderung – nicht sinnvoll erstellt werden, weil in der modernen Gesellschaft Entscheidendes von der Reaktion der Regierung abhängt. Eines der wichtigen Ziele der Neuen Politischen Ökonomie besteht darin, die vorhandenen ökonometrischen Modelle um den politischen Sektor zu erweitern, um das staatliche Verhalten zu endogenisieren. Eine Vorstufe hierzu liefern Simulationsmodelle des politisch-ökonomischen Gesamtsystems (vgl. den Beitrag von Schneider 1974).

3.3 Theorie der Gruppen

Dieser Teil der Ökonomischen Theorie der Politik steht in enger Verbindung mit der modernen Finanzwissenschaft, wird doch vor allem der Zusammenhang mit den *öffentlichen Gütern* analysiert. Öffentliche Güter stehen (mehr oder weniger) *allen* Konsumenten zur Nutzung zur Verfügung, deshalb wird kein rational handelndes Individuum einen Beitrag zu dessen Angebot leisten, so dass es in zu geringem Ausmass bereitgestellt wird. Für jedermann kann es daher wiederum vorteilhaft sein, sich durch eine *gemeinsame* Übereinkunft zu einem Kostenbeitrag zu verpflichten, um «Trittbrettfahrer» (free riders) auf diese Weise auszuschliessen (Baumol 1952).

Unter drei Bedingungen kommt in einer Gruppe ein Angebot eines öffentlichen Gutes zustande (Olson 1965):

- (i) wenn die Gruppe so klein ist, dass es sich auch individuell lohnen würde, das Gut anzubieten;

- (ii) bei gesetzlichem Zwang zum Zusammenschluss; so kann es z. B. infolge der Parteienkonkurrenz zu einem staatlichen Angebot kommen³⁸;
- (iii) bei gleichzeitigem Angebot eines privaten Gutes, das nur den zahlenden Mitgliedern zugute kommt.

Angewandt wurde die Theorie bisher vor allem auf die wichtige Gruppe der Gewerkschaften, welche öffentliche Güter in Form von Lohnerhöhungen durchsetzen, die *allen* Arbeitern (eines Berufes oder einer Branche) zukommen. Eine historische Untersuchung bestätigt, dass die Gewerkschaftsentwicklung mit diesem Ansatz erklärt werden kann (*Eickhof* 1973).

3.4 Bürokratien

Die in einer modernen Gesellschaft weitgehend unabhängige und eigenen Gesetzen gehorchende Bürokratie ist uns allen spätestens seit *Parkinson* (1957) bewusst geworden. Dennoch hat sich die herkömmliche Nationalökonomie kaum mit diesem Gebiet befasst³⁹; für die staatliche Bürokratie nimmt sie meist (implizit) an, dass deren Mitglieder ausschliesslich das Wohl der Bevölkerung im Auge haben.

Die Neue Politische Ökonomie unterstellt demgegenüber wiederum das Eigennutzaxiom' (*Tullock* 1965, *Downs* 1967). Ein Beamter wird vor allem solche Handlungen unternehmen und Informationen weitergeben, die seine Aufstiegschance fördern, und alles unterlassen, was diese beeinträchtigen könnte, denn sein Einkommen, sein Prestige und seine Selbstachtung sind eng mit seinem Aufstieg verbunden; und dieser hängt wiederum eng mit der Grösse der Bürokratie zusammen. Er wird deshalb an jeder Vergrösserung seiner Abteilung interessiert sein, was im Budgetprozess zu einer Maximierung der Ausgabenforderungen führt (*Niskanen* 1971).

Dieses Verhalten gilt für staatliche und nichtstaatliche Bürokraten – insbesondere in Grossbetrieben –, deren Leistung für die Unternehmung sich wegen der vielen Zwischenglieder nicht anhand des Markterfolges messen lässt. Beim Staat besteht dieses Problem in weitaus stärkerem Masse, weil sich dessen *Output* in der Regel nicht bewerten lässt. An dessen Stelle wird der Input (der Aufwand) herangezogen, was die Tendenz zur Budgetmaximierung noch verstärkt.

Die Ökonomische Theorie der Bürokratie wurde auf das Notenbankverhalten (*Chant* und *Atcheson* 1973) und vor allem auf den Budgetprozess angewandt. Dabei wird auch auf die empirische «Outputforschung» der Politologie und die Theorie des inkrementellen Verhaltens (*Lindblom* und *Baybrooke* 1963) zurückgegriffen⁴⁰.

³⁸ Vgl. dazu *Wagner* (1966), *Liefmann-Keil* (1969), *Bernholz* (1973).

³⁹ Ausnahmen sind *Simon* 1947, *Cyert* und *March* 1963.

⁴⁰ *Wildavsky* 1964; zur empirischen Testung des Budgetverhaltens vgl. *Davis*, *Dempster*, *Wildavsky* 1971; siehe die Anwendung auf die Schweiz im Beitrag von *Meier* 1974; eine stärkere Verbindung mit der Neuen Politischen Ökonomie wird im Beitrag von *Blankart* 1974 angestrebt.

4. Versuch einer Beurteilung

Eine tiefgehende Auseinandersetzung mit den Schwächen und Stärken der Neuen Politischen Ökonomie würde an dieser Stelle zu weit führen; sie muss sich auf eine Aufzählung der wichtigsten Schwächen und Vorzüge beschränken.

(a) Schwächen

Sie können grob in zwei Gruppen eingeteilt werden:

- (i) Die Mängel der Ökonomischen Theorie selbst, die sich auch bei einer Anwendung auf nichtwirtschaftliche Bereiche auswirken. Zu nennen sind vor allem der extrem individualistische Ansatz, die vorgegebenen Präferenzen und das Rationalverhalten. Immerhin ist damit nicht eine Aussage über die psychologische Konditionierung beabsichtigt, sondern deren Zweckmässigkeit soll an den daraus ableitbaren empirischen Hypothesen geprüft werden (vgl. auch *Harsanyi* 1969).
- (ii) Die Fragwürdigkeit der Übertragung des ökonomischen Instrumentariums auf politische Prozesse. Es muss überlegt werden, ob die relevanten Aspekte analysiert werden. So wird etwa argumentiert, dass das Vorfeld der Entscheidungsbildung – und nicht die formale Abstimmung – wichtig sei, weil in diesem Bereich gewisse Interessen von vornherein unterdrückt würden (*Bachrach* und *Baratz* 1963). Andere Politologen definieren ihr Gebiet demgegenüber auf eine Weise, die geradezu die Anwendung des wirtschaftstheoretischen Instrumentariums fordert ⁴¹.

(b) Vorzüge

Die Neue Politische Ökonomie befruchtet

- (i) die Wirtschaftstheorie, indem sie wegen der Verwendung der gleichen Methodik die Verbindung zur Politik entscheidend erleichtert und fördert;
- (ii) die Politikwissenschaft, indem neue Gebiete (wie das der Präferenzaggregation und Parteienkonkurrenz) erforscht und dadurch frische Impulse und unorthodoxe Ideen eingeführt werden. Die Vorzüge der ökonomischen Methodik liegen in der erhöhten Strenge der theoretischen Argumentation (z. T. mittels Formalisierung), dem weiter vorgeschrittenen Instrumentarium empirischer Forschung und der besseren Möglichkeit der Verbindung von Theorie und Empirik.

⁴¹ Z. B. *Taylor* (1973, S. 1): "Politics arises out of disagreement and scarcity – when people have different desires which cannot all be satisfied." Das könnte beinahe ebenso gut eine Beschreibung der Ökonomie sein; *Black* (1950) identifiziert deshalb die beiden Wissenschaften.

Vierter Teil
Abschliessende Bemerkungen

Die Politische Ökonomie erlebt eine Renaissance in vielfältigen Formen und Ausprägungen; insbesondere ist Politische Ökonomie nicht – wie oft aus Unwissen oder ideologischer Absicht behauptet – mit Marxismus gleichzusetzen. Die Vielzahl der Ansätze entspricht der Mannigfaltigkeit der Probleme in einer modernen Gesellschaft und der unterschiedlichen Gewichtung der eingangs aufgeführten Kritikpunkte an der herkömmlichen Wirtschaftstheorie. Keine Variante kann allein in Anspruch nehmen, Politische Ökonomie zu sein. Aus der Übersicht wird aber auch deutlich, dass einige unter ihnen – zumindest in der heutigen Form – wenig ergiebig sind.

Zweifellos können sich die verschiedenen Politischen Ökonomien gegenseitig bereichern. Dabei soll ein Verwischen der Konturen jedoch vermieden werden. Den nützlichsten Beitrag zum Verständnis und zur Verbesserung der gesellschaftlichen Wirklichkeit können solche Politische Ökonomien liefern, die ihre jeweiligen Schwerpunkte, und damit Vorzüge, deutlich erkennen lassen und zugleich sich ihrer Grenzen bewusst sind.

Literaturangaben

Erster Teil

- Bombach, Gottfried* (1964): Von der Neoklassik zur modernen Wachstums- und Verteilungstheorie. Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 100, 399–427.
- Easterlin, Richard A.* (1973): Does Money Buy Happiness. The Public Interest 30, 3–10.
- Garnier, Joseph* (1852): De L'Origine et de la Filiation du Mot Economie Politique et des divers autres noms donnés à la science Economique. Journal des Economistes, tomes 32 et 33, Paris.
- Meade, James Edward* (1965): Principles of Political Economy. Allen and Unwin, London.
- Montchrétien, de Antoyne* (1615): Traicté de l'Oeconomie Politique, dédiée en 1615 au Roy et la reine Mère du Roy. Neuausgabe von Th. Funck-Brentano, Paris 1889.
- Mundorf, Heinz-Dieter* (1967): Der Ausdruck «Politische Ökonomie» und seine Geschichte. Kölner Dissertation.
- Rawls, John* (1971): A Theory of Justice. Harvard University Press, Cambridge/Mass.
- Salin, Edgar* (1923): Geschichte der Volkswirtschaftslehre. In der 5. Auflage mit dem Titel: Politische Ökonomie. Mohr (Siebeck), Tübingen.
- Schletthelm, J. A.* (1778): Die Grundfesten der Staaten, oder die politische Ökonomie. Giessen.

Zweiter Teil

- Böhret, Carl* (1973): Art. «Politische Ökonomie» S. 292–302. In: Gert von Eynern (Hrsg.) Wörterbuch zur politischen Ökonomie. Westdeutscher Verlag, UTB, Opladen.
- Kade, Gerhard* (1970): Politische Ökonomie – heute. Abgedruckt in: *Winfried Vogt* (ed.). Seminar: Politische Ökonomie. Suhrkamp, Frankfurt, 149–179.
- Köllner, Lutz* (1973): Wirtschaftswissenschaft versus Politische Ökonomie. Urban Taschenbücher, Kohlhammer, Stuttgart.
- Tudyka, Kurt P.* (1969): Politische Ökonomie – ein Desiderat der Politikwissenschaft. Politische Vierteljahreszeitschrift 10.

Zu III: Neue Linke und Radical Economics

- Altvater, Elmar* (1969): Gesellschaftliche Produktion und Ökonomische Rationalität. Externe Effekte und zentrale Planung im Wirtschaftssystem des Sozialismus. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt.
- Altvater, E., Müller, W., Neuss, C. u. a.* (1971): Materialien zur Kritik der bürgerlichen Ökonomie. Rotdruck.
- Bronfenbrenner, Martin* (1970): Radical Economics in America, 1970. *Journal of Economic Literature* 8, 747–766.
- Esser, Joseph* (1970): Zum Zusammenhang von Agenturtheorie und mittelfristiger Finanzplanung. Unveröffentlichtes Manuskript, Konstanz.
- Gurley, John G.* (1971): The State of Political Economics. *American Economic Review, Papers and Proceedings*, 53–62.
- Hirsch, Joachim* (1969): Zur politischen Ökonomie des politischen Systems. In: G. Kress und D. Senghaas (Hrsg.), *Politikwissenschaft*. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt.
- Huffschmid, Jörg* (1969): Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik. edition suhrkamp.
- Lindbeck, Assar* (1971): The Political Economy of the New Left. Deutsche Übersetzung: Die Politische Ökonomie der Neuen Linken. Vandenhoeck, Göttingen 1973.
- Magdoff, Henry* (1969): The Age of Imperialism: The Economics of U.S. Foreign Policy. Monthly Review Press, New York.
- Mandel, Ernest* (1972): Marxistische Wirtschaftstheorie. Europ. Verlagsanstalt, Frankfurt.
- Marcuse, Herbert* (1964): One Dimensional Man. Deutsche Übersetzung: Der eindimensionale Mensch. Luchterhand, Neuwied und Berlin 1967.
- Mises v., Ludwig* (1920): Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen. Archiv für Sozialwissenschaft.
- Naschold, Frieder und Vöth, Werner* (1973): Politische Planungssysteme im entwickelten Kapitalismus. In: F. Naschold und W. Vöth (eds.), *Politische Planungssysteme*. UTB, Westdeutscher Verlag Opladen, 7–42.
- Solow, Robert M.* (1971): The State of Political Economics: Discussion. *American Economic Review, Papers and Proceedings* 61, 63–65.
- Symposium: Economics of the New Left* (1972): G. L. Bach, Stephen Hymer and Frank Roosevelt, Paul Sweezy, Assar Lindbeck. *Quarterly Journal of Economics* 86, 632–683.

Zu IV: Cambridger Kapitaltheorie

- Bhaduri, A.* (1966): The Concept of the Marginal Productivity of Capital and the Wicksell Effect. *Oxford Economic Papers* 18, 284–288.
- Bhaduri, A.* (1969): On the Significance of Recent Controversies on Capital Theory: A Marxian View. *Economic Journal* 79, 532–539.
- Biesecker, Adelheid* (1970): Die Wahl der Produktionstechnik in diskreten Kapitalmodellen: Das Reswitching-Phänomen. Berlin.
- Champernowne, D. G.* (1953/54): The production function and the theory of capital: a comment. *Review of Economic Studies* 21, 112–135.
- Garegnani, Piero* (1970): Heterogeneous Capital, the Production Function and the Theory of Distribution. *Review of Economic Studies* 37, 407–436.
- Graf, Gerhard* (1968): Nimmt die Kapitalintensität monoton mit dem Lohn-Zinsverhältnis zu? *Zeitschrift für Nationalökonomie* 28, 417–460.
- Graf, Gerhard* (1973): Reswitching – ein kapitaltheoretisches Problem. *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 2, 210–216.
- Harcourt, G. C.* (1969): Some Cambridge Controversies in the Theory of Capital. *Journal of Economic Literature* 7, 369–405.

- Harcourt, G. C.* (1972): Some Cambridge Controversies in the Theory of Capital. Cambridge University Press, Cambridge U. K.
- Harcourt, G. C. and Laing, N. F.* (eds.) (1971): Capital and Growth. Penguin, Harmondsworth.
- Jaeger, Klaus* (1972): Einige Bemerkungen zur Reswitchings-Diskussion. In: B. Gahlen und A. E. Ott (eds.), Probleme der Wachstumstheorie. Mohr (Siebeck), Tübingen.
- Kaldor, Nicholas* (1972): The Irrelevance of Equilibrium Economics. *Economic Journal* 82.
- Kornai, János* (1971): Anti-Equilibrium. On Economic Systems Theory and the Task of Research. North Holland Publ. Co., Amsterdam.
- Levhari, David* (1965): A Nonsubstitution Theorem and Switches of Techniques. *Quarterly Journal of Economics* 79, 98–105.
- Nell, E. J.* (1967): Theories of Growth and Theories of Value. *Economic Development and Cultural Change* 16, 15–26.
- Nuti, Domenico M.* (1970): Capitalism, Socialism and Steady Growth. *Economic Journal* 80, 32–54.
- Pasinetti, Luigi L.* (1966): Changes in the Rate of Profit and Switches of Techniques. *Quarterly Journal of Economics* 80, 503–517.
- Pasinetti, Luigi L.* (1969): Switches of Technique and the “Rate of Return” in Capital Theory. *Economic Journal* 79.
- Riese, Hajo* (1970): Das Ende einer Wachstumstheorie. *Kyklos* 23, 756–769.
- Robinson, Joan* (1953/54): The Production Function and the Theory of Capital. *Review of Economic Studies* 21, 81–106.
- Samuelson, Paul A.* (1962): Parable and realism in capital theory: the surrogate production function. *Review of Economic Studies* 39, 193–206.
- Spaventa, Luigi* (1970): Rate of Profit, Rate of Growth, and Capital Intensity in a simple Production Model. *Oxford Economic Papers* 22, 129–147.
- Sraffa, Piero* (1960): Production of Commodities by Means of Commodities. Cambridge University Press, Cambridge.
- Stiglitz, Joseph* (1973): The Badly Behaved Economy with the well Behaved Production Function. In: J. A. Mirrlees and N. H. Stern (eds.), Models of Economic Growth. Macmillan, London.
- Streissler, Erich* (1969): Structural Economic Thought. *Zeitschrift für Nationalökonomie* 29, 237–266.
- Streissler, Erich* (1974): Verteilungstheorie ausserhalb der neoklassischen Preistheorie. In: G. Bombach, B. S. Frey, B. Gahlen (eds.), Neue Aspekte der Verteilungstheorie. Mohr, Tübingen.
- Vogt, Winfried* (Hrsg.) (1973): Seminar: Politische Ökonomie. Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie. Suhrkamp, Frankfurt.
- Weizsäcker, Carl Christian* (1971): Steady State Capital Theory. Lecture Notes in Operations Research and Mathematical Systems 54. Springer, Berlin, Heidelberg, Zürich.
- Weizsäcker, Carl Christian* (1973): Modern Capital Theory and Concept of Exploitation. *Kyklos* 26, 245–281.

Zu V: Politische Ökonomie der Unorthodoxie

- Boulding, Kenneth E.* (1962): Conflict and Defense: A General Theory. Harper and Row, New York.
- Boulding, Kenneth E.* (1968): Beyond Economics. University of Michigan Press, Ann Arbor.
- Boulding, Kenneth E.* (1970): Economics as a Science. McGraw Hill, New York.
- Galbraith, Kenneth J.* (1959): Gesellschaft im Überfluss. Knaur, München.
- Galbraith, Kenneth J.* (1973): Power and the Useful Economists. *American Economic Review* 63, 1–12.
- Galbraith, Kenneth J.* (1968): Die moderne Industriegesellschaft. Knaur, München.
- Hirschman, Albert O.* (1958): The Strategy of Economic Development. Yale University Press, New Haven.
- Hirschman, Albert O.* (1970): Exit, Voice and Loyalty. Harvard University Press, Cambridge (Mass.).
- Preiser, Erich* (1961): Wachstum und Einkommensverteilung. Carl Winter Universitätsverlag, Heidelberg.
- Preiser, Erich* (1970): Politische Ökonomie heute. Beck, München.

- Rostow, W. W.* (1960): *The Stages of Economic Growth*. Cambridge University Press, Cambridge, U. K.
- Rostow, W. W.* (1971): *Politics and the Stages of Growth*. Cambridge University Press, Cambridge, U. K.
- Rothschild, Kurt W.* (1970): *Ökonomische Aspekte des Friedens*. *Studium Generale* 23, 1228–1248.
- Rothschild, Kurt W.* (1971): *Power and Economics*. Introduction. K. W. Rothschild (ed.), Penguin, Harmondsworth, 7–17.
- Salin, Edgar* (1955): *Politische Ökonomie – heute*. *Kyklos* 8.
- Salin, Edgar* (1963): *Lynkeus. Gestalten und Probleme aus Wirtschaft und Gesellschaft*. Mohr (Siebeck), Tübingen.

Zu VI: Politische Wirtschaftslehre

- Böhret, Carl* (1967): *Politische Wirtschaftslehre: Portrait einer Disziplin*. In: C. Böhret und D. Grosser (eds.), *Interdependenzen von Politik und Wirtschaft*. Festgabe für Gert von Eynern. Duncker & Humblot, Berlin.
- Eynern von, Gert* (1968): *Grundriss der Politischen Wirtschaftslehre*. Westdeutscher Verlag UTB, Opladen 1972 (1. Aufl. 1968).

Zu VII: Politische Ökonomie als Praktische Wirtschaftspolitik

- Frey, René L.* (1968): *Der Wirtschaftsrat – eine Möglichkeit zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Willensbildung in der Schweiz*. *Wirtschaft und Recht* 20, 224–239.
- Heller, Walter W.* (1967): *New Dimensions of Political Economy*. New York.
- Molitor, Regina* (Hrsg.) (1973): *Zehn Jahre Sachverständigenrat*. Athenäum, Frankfurt.
- Okun, Arthur M.* (1970): *The Political Economy of Prosperity*. Norton, New York.
- Schultze, Charles L.* (1968): *The Politics and Economics of Public Spending*. Brookings Institution, Washington D. C.
- Schultz, George P.* (1974): *Reflections on Political Economy*. *Challenge* (March/April), 6–11.
- Wildavsky, Aaron and Hammond, Arthur* (1965/66): *Comprehensive Versus Incremental Budgeting in the Department of Agriculture*. *Administrative Science Quarterly* 10, 321–346.

Zu VIII. Policy Science

- Dror, Yehezkel* (1968): *Public Policy-Making Reexamined*. Chandler, San Francisco.
- Dror, Yehezkel* (1971): *Design for Policy Sciences*. American Elsevier, New York.
- Gäffgen, Gérard* (1972): *Theorie der Wirtschaftspolitik*. In: *Kompendium der Volkswirtschaftslehre*, Band 2. 3. neubearbeitete Aufl. Göttingen.
- Lasswell, Harold D.* (ed.) (1951): *The Policy Sciences: Recent Developments in Scope and Method*. Stanford University Press, Stanford.
- Scharpf, Fritz W.* (1973): *Planung als politischer Prozess*. Suhrkamp, Frankfurt.
- Wildavsky, Aaron* (1966): *The Political Economy of Efficiency*. *Public Administration Review* 26.

Zu IX: Systemtheorie

- Böhret, Carl* (1970): *Entscheidungshilfen für die Regierung. Modelle, Instrumente, Probleme*. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Boulding, Kenneth E.* (1956): *General Systems Theory – The Skeleton of Science*. *Management Science*, 197–208. Abgedruckt in: K. E. Boulding, *Beyond Economics*. University of Michigan Press, Ann Arbor 1968, 83–97.
- Bertalanffy, von, L.* (1951): *General Systems Theory: A New Approach to Unity of Science*. *Human Biology* 23, 303–361.
- Deutsch, Karl W.* (1963): *The Nerves of Government*. Free Press, New York. Deutsch: *Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven*. Freiburg 1970.
- Easton, David* (1965): *A Systems Analysis of Political Life*. Wiley, New York.

- Emery, F. E.* (ed.) (1969): *Systems Thinking*. Penguin, Harmondsworth.
- Forrester, Jay W.* (1961): *Industrial Dynamics*. M. I. T. Press, Cambridge (Mass.).
- Forrester, Jay W.* (1971): *World Dynamics*. Wright Allen Press, Cambridge (Mass.). Deutsch: *Der teuflische Regelkreis. Das Globalmodell der Menschheitskrise*. Stuttgart 1972.
- Galtung, Johan* (1973): *The Limits to Growth and Class Politics*. *Journal of Peace Research* 1–2, 101–114.
- Luhmann, Niklas* (1971): *Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung*. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Mesarović, Mihajlo and Pestel, Eduard C.* (1972): *A Goal Seeking and Regionalized Model for Analysis of Critical World Relationships*. *Kybernetes* 1, 79–85.
- Meadows, D. H.* et al. (1972): *The Limits to Growth*. Universe Books, New York. Deutsch: *Die Grenzen des Wachstums*. DVA, Stuttgart 1972.
- Narr, Wolf-Dieter* (1969): *Theoriebegriff und Systemtheorie*. Kohlhammer, Stuttgart.
- Naschold, Frieder* (1969): *Systemsteuerung*. Kohlhammer, Stuttgart.
- Schenk, Karl-Ernst* (ed.) (1971): *Systemanalyse in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*. Duncker & Humblot, Berlin.
- Scholder, Klaus* (1973): *Grenzen der Zukunft*. Urban Taschenbücher, Kohlhammer Stuttgart.
- Senghaas, Dieter* (1968): *Systembegriff und Systemanalyse*. *Zeitschrift für Politik* 15.
- Wiener, Norbert* (1950): *The Human Use of Human Beings*. *Cybernetics and Society*, Houghton Mifflin, Boston.

Zu X: Neue Politische Ökonomie

- Arrow, K. J.* (1951): *Social Choice and Individual Values*. New York: Wiley. Second edition 1963.
- Bachrach, P. and Baratz, M. S.* (1963): *Decisions and Non-Decisions: An Analytic Framework*. *American Political Science Review* 57, 632–642.
- Barlow, Robin* (1970): *Efficiency Aspects of Local School Finance*. *Journal of Political Economy* 78, 1028–1040.
- Barry, Brian M.* (1970): *Sociologists, Economists and Democracy*. London: Macmillan.
- Baumol, William J.* (1952): *Welfare Economics and the Theory of the State*. London: Bell and Sons. Second edition 1965.
- Becker, Gary S.* (1968): *Crime and Punishment: An Economic Approach*. *Journal of Political Economy* 76, 169–217.
- Bergson, Abraham* (1954): *On the Concept of Social Welfare*. *Quarterly Journal of Economics* 68, 233–252.
- Bernholz, Peter* (1972): *Grundlagen der Politischen Ökonomie*. Vol. I. J. C. B. Mohr, Tübingen.
- Bernholz, Peter* (1973): *Die Machtkonkurrenz der Verbände im Rahmen des politischen Entscheidungssystems*. In: *Macht und ökonomisches Gesetz*. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F. Bd. 74. Duncker & Humblot, Berlin.
- Black, Duncan* (1950): *The Unity of Political and Economic Science*. *Economic Journal* 60, 506–514.
- Black, Duncan* (1958): *The Theory of Committees and Elections*. Cambridge: The University Press.
- Blankart, Beat* (1974): *Budgeterstellung schweizerischer Gemeinden in ökonomischer Sicht*. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 110.
- Boulding, Kenneth* (1973): *The Economy of Love and Fear. A Preface to Grants Economics*. Wadsworth, Belmont, Calif.
- Buchanan, James M.* (1954): *Social Choice, Democracy and Free Markets*. *Journal of Political Economy* 62, 114–123.
- Buchanan, J. M. and Tullock, G.* (1962): *The Calculus of Consent*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Chant, John F. and Atcheson, Keith* (1973): *Mythology and Central Banking*. *Kyklos* 26, 362–379.
- Coleman, James S.* (1971): *Internal Pressures Governing Party Positions in Elections*. *Public Choice* 11, 35–60.
- Cyert, R. and March, J. G.* (1963): *A Behavioral Theory of the Firm*. Englewood Cliffs: Prentice Hall.

- Davis, O. A., Dempster, M. A. H. and Wildavsky, Aaron* (1971): On the Process of Budgeting II: An Empirical Study of Congressional Appropriations. In: R. F. Byrne et al. (eds.) *Studies in Budgeting*. Amsterdam: North Holland, 292–375.
- Dahl, R. A. and Lindblom, Ch. L.* (1953): *Politics, Economics and Welfare*. New York: Harper.
- Davis, A. O., Hinich, M. and Ordeshook, P. C.* (1970): An Expository Development of a Mathematical Model of the Electoral Process. *American Political Science Review* 64, 426–448.
- Downs, Anthony* (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York, Harper. Deutsche Übersetzung: *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: Mohr (Siebeck) 1968.
- Downs, Anthony* (1967): *Inside Bureaucracy*, Boston, Little.
- Eickhof, Norbert* (1973): *Eine Theorie der Gewerkschaftsentwicklung. Entstehung, Stabilität und Befestigung*. Mohr, Tübingen.
- Fischel, William A.* (1972): Aesop's Paradox: The Classical Critique of Democratic Processes. *Journal of Political Economy* 80, 208–212.
- Fishburn, Peter* (1973): *The Theory of Social Choice*. Princeton: Princeton University Press.
- Frey, Bruno S.* (1970): Die Ökonomische Theorie der Politik oder die neue politische Ökonomie: Eine Übersicht. *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 126, 1–23.
- Frey, Bruno S.* (1974): Entwicklung und Stand der Ökonomischen Theorie der Politik. In: Widmaier, Hans-Peter (Hrsg.), *Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaats*. Athenäum, Frankfurt.
- Frey, Bruno S.* (1974a): The Politico-Economic System: A Simulation Model. *Kyklos* 27, 227–254.
- Frey, Bruno S. und Garbers, Hermann* (1972): Der Einfluss wirtschaftlicher Variabler auf die Popularität der Regierung. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 186, 281–295.
- Frey, Bruno S. and Frey, René L.* (1973): The Economic Theory of Politics: A Survey of German Contributions. *Public Choice* 16, 81–90.
- Furubotn, Eirik and Pejovich, Svetozar* (1972): Property Rights and Economic Theory: A Survey of Recent Literature. *Journal of Economic Literature* 10, 1137–1162.
- Goodhart, C. A. E. and Bhansali, R. J.* (1970): Political Economy. *Political Studies* 18, 43–106.
- Graaf, J. de V.* (1962): On Making a Recommendation in a Democracy. *Economic Journal* 72, 293–298.
- Harsanyi, John C.* (1969): Rational Choice Models of Political Behavior vs. Functionalist and Conformist Theories. *World Politics*, Vol. XXI, 513–538.
- Johnson, Harry G.* (1968): The Economic Approach to Social Questions. *Economica* 35, 1–21.
- Kirchgässner, Gebhard* (1974): Ökonometrische Untersuchungen des Einflusses der Wirtschaftslage auf die Popularität der Parteien. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 110.
- Kramer, Gerald H.* (1973): On a Class of Equilibrium Conditions for Majority Rule. *Econometrica* 41, 285–297.
- Kramer, Gerald H.* (1971): Short Run Fluctuations in U.S. Voting Behavior, 1896–1964. *American Political Science Review* 65, 131–143.
- Liefmann-Keil, Elisabeth* (1969): Zur Aktivität der Interessenverbände. In: H. Arndt (ed.), *Sozialwissenschaftliche Untersuchungen*. Berlin: Duncker & Humblot, 27–52.
- Liefmann-Keil, Elisabeth* (1970): Intertemporale Spillovereffekte und öffentlicher Haushalt. In: H. Haller et al. (eds.), *Theorie und Praxis des finanzpolitischen Interventionismus*. Mohr (Siebeck), Tübingen, 483–510.
- Liefmann-Keil, Elisabeth* (1971): Sozialpolitische Entscheidungen, Wahl- und Legislaturperioden. In: H. Sanmann (ed.), *Aspekte der Friedensforschung und Entscheidungsprobleme in der Sozialpolitik*. Duncker & Humblot, Berlin, 61–76.
- Lindblom, Charles E. and Braybrooke, D.* (1963): *A Strategy of Decision*. New York: The Free Press of Glencoe.
- Linder, Staffan* (1970): *The Harried Leisure Class*. Deutsche Übersetzung: *Warum wir keine Zeit mehr haben*. Fischer, Frankfurt.
- Meier, Alfred* (1974): Die Determinanten der öffentlichen Ausgaben in der Schweiz. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 110.
- Mitchell, W. C.* (1967): The Shape of Political Theory to Come. *American Behavioral Scientist* 11, 8–37.
- Mitchell, W. C.* (1968): The New Political Economy. *Social Research* 35, 76–110.
- Murakami, Y.* (1968): *Logic and Social Choice*. London: Macmillan.

- Niskanen, William A.* (1971): *Bureaucracy and Representative Government*. Aldine-Atherton, Chicago and New York.
- Nordhaus, William D.* (1972): *The Political Business Cycle*. Cowles Foundation Discussion Papers 333.
- Olson, Mancur* (1965): *The Logic of Collective Action*. Cambridge (Mass.): Harvard University Press. Deutsche Übersetzung: *Die Logik des kollektiven Handelns*. Mohr (Siebeck), Tübingen 1968.
- Palda, Kristian S.* (1973): Does Advertising Influence Votes? (An Analysis of the 1966 and 1970 Quebec Elections.) *Canadian Journal of Political Science* 6, 638–655.
- Parkinson, Northcote C.* (1957): *Parkinson's Law or the Pursuit of Progress*. London: John Murray.
- Pattanaik, Prasanta K.* (1971): *Voting and Collective Choice*. Cambridge: University Press.
- Pommerehne, Werner* (1974): Determinanten öffentlicher Ausgaben – Ein einfaches politisch-ökonomisches Modell. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 110.
- Rae, Douglas W.* (1969): Decision-Rules and Individual Values in Collective Choice. *American Political Science Review* 63, 40–65.
- Riker, William H. and Ordeshook, Peter C.* (1973): *An Introduction to Positive Political Theory*. Prentice Hall, Englewood Cliffs, W. H.
- Schumpeter, Joseph A.* (1942): *Capitalism, Socialism and Democracy*. Deutsche Übersetzung: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Francke, München 1950.
- Selten, Reinhard* (1971): Anwendungen der Spieltheorie auf die politische Wissenschaft. In: Maier u. a. (eds.), *Politik und Wissenschaft*. Beck, München, 287–320.
- Sen, Amartya K.* (1970): *Collective Choice and Social Welfare*. Edinburgh and London: Oliver and Boyd.
- Shubik, Martin* (1968): A Two-Party System, General Equilibrium and the Voters' Paradox. *Zeitschrift für Nationalökonomie* 28, 341–354.
- Simon, Herbert A.* (1947): *Administrative Behavior*. New York: Free Press.
- Schneider, Friedrich* (1974): Politisch-ökonomische Konjunkturzyklen: ein Simulationsmodell. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 110.
- Stohler, Jacques* (1964): Wirtschaftswachstum und Wohlfahrtsstaat. *Zeitschrift für Nationalökonomie* 24, 349–364.
- Taylor, Michael* (1969): Proof of a Theorem on Majority Rule. *Behavioral Science* 14, 228–231.
- Taylor, Michael* (1971): Mathematical Political Theory: A Survey. *British Journal of Political Science* 1, 339–382.
- Taylor, Michael* (1973): The Theory of Collective Choice. In: Greenstein and Polsby, *Handbook of Political Science*, Vol. V. Addison-Wesley 1973.
- Tullock, Gordon* (1965): *The Politics of Bureaucracy*. Washington D. C.: Public Affairs Press.
- Tullock, Gordon* (1967): The General Irrelevance of the General Impossibility Theorem. *Quarterly Journal of Economics* 81, 256–270.
- Tullock, Gordon* (1971): Public Decisions as Public Goods. *Journal of Political Economy* 79, 913–918.
- Wagner, Richard E.* (1966): Pressure Groups and Political Entrepreneurs: A Review Article. In: G. Tullock (ed.), *Papers on Non-Market Decisions-Making*. Charlottesville: Thomas Jefferson Center in Political Economy, 161–170.
- Wicksell, Knut* (1896): *Finanztheoretische Untersuchungen*. Gustav Fischer, Jena.
- Wildavsky, Aaron* (1964): *The Politics of the Budgetary Process*. Boston: Little, Brown.
- Wolfelsperger, Alain* (1974): *Choix publique en France*. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 110.

Zusammenfassung

Die Renaissance der Politischen Ökonomie

In den letzten Jahren hat die «Politische Ökonomie» einen gewaltigen Aufschwung erlebt, der auf die unzulängliche Behandlung drängender Probleme durch die herkömmliche Wirtschaftstheorie (Neoklassik) zurückzuführen ist. Vor allem wird das Fehlen politischer Faktoren bemängelt.

Verschiedene Politische Ökonomien rücken jeweils andere Aspekte in den Vordergrund: Die Kritik der bestehenden Wirtschaftstheorie; die gegenseitige Abhängigkeit von Wirtschaft und Politik; die Politikberatung und die einheitliche Methode.

Von den einzelnen Varianten werden die Neue Linke und die Cambrider Kapitaltheorie besonders hervorgehoben. Die Hauptaufmerksamkeit gilt jedoch der Ökonomischen Theorie der Politik oder Neuen Politischen Ökonomie. Diese wendet das Instrumentarium der modernen Wirtschaftstheorie auf politische Prozesse an und leistet einen Beitrag zur Verbindung von Wirtschaft und Politik.

Résumé

La renaissance de l'Economie politique

Le développement considérable de «l'Economie politique» au cours des dernières années provient du fait que la théorie économique traditionnelle (néo-classique) ne permet pas de traiter de manière satisfaisante certains problèmes urgents. On lui reproche avant tout le manque de facteurs politiques.

En matière d'Economie politique, il existe de nombreuses conceptions différentes, dont chacune s'attache à d'autres aspects. Aucune d'entre elles ne peut prétendre être la seule valable.

Dans cet exposé, l'attention porte principalement sur la «théorie économique de la politique» ou «nouvelle économie politique». Celle-ci applique les principes de la théorie économique moderne à des processus politiques et contribue ainsi à établir la liaison entre l'économie et la politique. Elle analyse en premier lieu les aspects fondamentaux des décisions collectives en démocratie, l'attitude du gouvernement et des électeurs dans des modèles politico-économiques ainsi que la théorie des groupes et de la bureaucratie. On a renoncé ici à traiter les économies politiques classiques connues par l'histoire des dogmes, y compris celle des marxistes orthodoxes.

On passe ici en revue les conceptions suivantes de l'économie politique: Les «Radical Economists» et la Nouvelle Gauche, la théorie du capital de Cambridge, l'Economie politique de la non-orthodoxie, la doctrine économique politique, la théorie et la dynamique des systèmes, la théorie de la délibération politique (Policy Science) et, enfin, la nouvelle politique économique.

Les différentes conceptions peuvent être fécondes les unes pour les autres, mais il devrait être possible de reconnaître clairement les points essentiels et les avantages de chacune d'entre elles.

Summary

Renaissance of Political Economics

Recent years have brought a tremendous upswing to "Political Economics". This is attributed to traditional neoclassical theory and its insufficient interpretation of urgent economic problems, as well as its failure to include political factors.

Various versions of political economics emphasize different aspects: critique of the existing economic theory; interdependence of economics and politics; political counselling, and the standardized method.

Aside from versions like the "New Left" and "Cambridge Capital Theory", attention is directed towards the "Economic Theory of Politics" or "New Political Economy" which, by employing tools of modern economic theory in the analysis of political processes, contributes to a synthesis of economics and politics.